

3003 Bern, den 17.9.1993

Vertraulich/Confidentiel

NATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission

HAUPTPROTOKOLL der Sitzung vom 30. August 1993,
 09.30 - 17.30 Uhr,
 in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3

- TAGESORDNUNG
1. Die schweizerische Währungspolitik
 - 1.1. Aktuelle Lage und Zukunftsperspektiven
 - 1.2. Beurteilung des Europäischen Währungssystems und seiner Auswirkungen auf die Schweiz
Einleitendes Exposé durch Dr. Hans Meyer, Vizepräsident des Direktoriums der SNB, mit anschliessender Diskussion
 2. Aktuelles aus dem EDA (ohne anschliessende Diskussion)
(Siehe Teilprotokoll 1)
 3. Aktualitäten
 - 3.1. Kurdistan
 - 3.2. Die Lage im ehemaligen Jugoslawien
(Siehe Teilprotokoll 1)
 4. Europaratgipfel in Wien: Orientierung über den Stand der Vorbereitungen
(Siehe Teilprotokoll 2)
 5. Anpassung der Verträge zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein.
Stand der Verhandlungen
(Siehe Teilprotokoll 3)
 6. 93.048 sn Internationale Wirtschaftsvereinbarungen
(Siehe Teilprotokoll 4)
 7. 93.030 n Doppelbesteuerungsabkommen mit Luxemburg
 8. 93.046 n Doppelbesteuerungsabkommen mit Marokko
(Siehe Teilprotokoll 5)
 9. Vorbereitung der Sitzung vom 11. und 12. Oktober 1993
 10. Verschiedenes
(Siehe Teilprotokoll 6)

ORDRE DU JOUR

1. La politique monétaire suisse
 - 1.1. La situation actuelle et les perspectives d'avenir
 - 1.2. Appréciation du système monétaire européen et de ses effets sur la Suisse

Exposé introductif de M. Hans Meyer, Vice-président du Directoire de la BNS, suivi d'une discussion

2. Information du DFAE sur ce qui est actuel
(sans qu'une discussion s'ensuive)
(Voir procès-verbal particulier 1)



3. Actualités
 - 3.1. Le Kurdistan
 - 3.2. La situation dans l'ancienne Yougoslavie
(Voir procès-verbal particulier 1)
4. Sommet du Conseil de l'Europe à Vienne: Information sur l'état des travaux préparatoires
(Voir procès-verbal particulier 2)
5. Adaptation des traités entre la Suisse et la Principauté du Liechtenstein. Etat des négociations
(Voir procès-verbal particulier 3)
6. 93.048 én Accords économiques internationaux
(Voir procès-verbal particulier 4)
7. 93.030 n Double imposition. Convention avec le Luxembourg
8. 93.046 n Double imposition. Convention avec le Maroc
(Voir procès-verbal particulier 5)
9. Préparations de la séance des 11/12 octobre 1993
10. Divers
(Voir procès-verbal particulier 6)

TEILNEHMER

Präsidium: Rychen

Anwesende Mitglieder: Frey Claude, Aubry, Bär, Berger, Darbellay (ersetzt Columberg), Eggly, Fischer-Hägglingen, Frey Walter, Grendelmeier, Haller, Maitre, Meyer Theo (ersetzt Bäumlín), Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Rebeaud, Ruffy, Segmüller, Steffen, Tschopp, Vollmer, Wyss Paul, Zbinden Hans, Ziegler Jean

Entschuldigt: Bäumlín, Caccia, Columberg, HH. Bundesräte Cotti, Delamuraz

Weitere Teilnehmer:

H. Meyer, VP des Direktoriums der SNB, Bern
 H. Botschafter Spinner, IB, EDA/EVD
 H. Walker, Finanz- und Wirtschaftsdienst, EDA
 H. Sieber, Direktor BFK, EVD
 H. Ith, EFD
 Frau Kleineweber, EFD
 H. Stücheli, EDA
 H. Lauber, EDA

Kommissionssekretariat: Alfred Aebi

Protokoll: Kuonen (f), Theobaldy (d)

Präsident begrüsst die Teilnehmer und Gäste der Kommission.
Die einleitenden Ausführungen von Herrn Dr. **Meyer** siehe Anhang.

M. Frey Claude: M. Meyer a été très diplomate à propos de Maastricht. Personnellement, j'estime que les accords de Maastricht ne pourront pas être appliqués. Si des illusions existent encore actuellement, c'est uniquement parce qu'ils ne sont pas en vigueur. Les derniers événements montrent bien que la volonté politique ne suffit pas. Les faits économiques sont têtus et l'emportent largement. Ne sont-ils pas l'amorce d'un changement de cap? N'avez-vous pas le sentiment que le sauvetage qui a été tenté provoquera une déstabilisation de l'ensemble du système? L'immeuble de la Communauté va basculer parce que les intérêts et les volontés économiques des pays sont si divergents que je ne vois pas - même bien après l'an 2000 - la monnaie unique s'imposer, puisqu'elle suppose une politique économique commune. Nous aurons sans doute une monnaie commune, mais ce n'est pas le but de Maastricht.

Vollmer: Die Ausführungen gehen von einem autonomistischen und isolationistischen Bild der Währungspolitik aus. Wie steht es in Wirklichkeit um die europäischen Bemühungen, wenn einerseits jeder souveräne Staat vor allem sein eigenes Haus in Ordnung halten soll, unsere effektiven Interventionen aber andererseits stark von den Entscheidungen der Deutschen Bundesbank abhängig sind?

Es wäre interessant, dies auch im Lichte der Integrationspolitik zu beleuchten, denn die integrationspolitischen Bemühungen im ökonomischen Sektor können nicht losgelöst von währungspolitischen Koordinationen und Integrationen betrachtet werden. In welchem Verhältnis steht nun der betont autonomistische Weg zu den integrationspolitischen Zielen des Bundesrates?

Die Grundzüge der schweizerischen Währungspolitik seien an langfristigen Zielen orientiert. Dient dies kurz- und mittelfristig nicht den Zielen unserer Finanz- und Konjunkturpolitik? Ist es ihnen gegenüber sogar kontraproduktiv?

Wie weit wurde durch diese Währungspolitik unsere Konjunktur abgewürgt?

Meyer: Seit es internationale Währungsbeziehungen gibt, wünscht man sich eine Stabilität der Wechselkurse, die letztlich diese Beziehungen überhaupt erst ermöglichen. In der Realität jedoch ist Stabilität nur dann erreichbar, wenn bei den massgebenden Ländern eine Parallellität nicht nur der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, sondern auch der wirtschaftlichen Erfolge gegeben ist. Denn ohne entsprechende Voraussetzungen auf nationaler Ebene lässt sich international nichts koordinieren.

Das ist keine autonomistische Sicht. Ich unterstütze die währungspolitischen Ziele der Integration, eine einheitliche Zentralbank, verpflichtet auf Geldwertstabilität, freilich versehen mit Unabhängigkeit und unterstützt durch eine stabilitätsgerechte Finanzpolitik. Können diese Voraussetzungen erfüllt werden, sind die Bedingungen für Stabilität in Europa wesentlich verbessert. Dazu gehört unabweislich, dass die massgebenden Länder ihr Haus in Ordnung halten. Was dies im Detail heisst, wissen wir.

Zum weiteren Rahmen der langfristigen Ausrichtung: In der heutigen Phase hat die schweizerische Geldpolitik das zur Gesundung beigetragen, was möglich ist. Wir haben eine stabile Währung und relativ niedrige Zinssätze - in beiden Bereichen nach einer mühsamen Phase der Anpassung sehr gute Voraussetzungen für die Erholung. Deshalb beurteile ich die Lage im Zweifelsfalle optimistischer als viele andere.

Die Geldpolitik ist aus Gründen der drei im Referat dargelegten Unsicherheiten kein geeignetes Instrument zur kurzfristigen Einflussnahme. Sie leistet den besten Beitrag zu den Rahmenbedingungen, wenn sie unabhängig vom Tagesgeschehen auf die mittlere Frist ausgerichtet ist. Damit dient sie aber durchaus auch dem Hier und Jetzt.

Oehler: Gemäss älterer Prognosen leben wir seit einem Jahr im Aufschwung. Die Tatsachen beweisen freilich anderes. Der Präsident der Nationalbank hat im heutigen *Bund* in einem Interview eine Teuerung für 1994 von 2.0 Prozent prognostiziert und die Ablehnung des EWR als eine verpasste Chance bezeichnet. Herr Sieber hat vor einer Woche gesagt, der Systemwechsel in der Schweiz, zusammen mit dem Programm zur Ankurbelung der Konjunktur, bringe der Wirtschaft mehr Impulse und mehr Wachstum als ein Beitritt zum EWR. Die allgemeine Verunsicherung ist offenbar relativ gross, und das Zusammenspiel zwischen Wirtschaft und Politik scheint nicht immer zu stimmen. Wie lässt es sich besser koordinieren? Meinungsvielfalt ist wichtig, aber zieht man in zwei Richtungen am Strick, dann kommt es zu den Wechselkursen und Bocksprüngen, die beispielsweise der US-Dollar in den vergangenen zehn Tagen machte.

M. Tschopp: M. Meyer indique que les Etats doivent mettre de l'ordre dans leur ménage intérieur. Quelles sont leurs capacités en la matière? En insistant sur les pays, par opposition aux zones d'influences monétaires (dollars, yens, DM/ECU), la délimitation de la problématique est un peu étroite. Ne sommes-nous pas dans un monde tripolaire qui limite énormément les possibilités d'actions des Etats?

J'ai été attentif au fait que M. Meyer n'ait pas mentionné le terme "spéculation". Or, j'estime que les griefs qui peuvent être adressés à l'économie française et à sa politique de stabilisation ont été très largement gonflés par des mouvements spéculatifs. En d'autres termes que peut-on véritablement reprocher à l'ancien gouvernement français, voire au nouveau qui poursuit la même politique?

Sieber: Ich habe nicht behauptet, ein Systemwechsel plus Mehrwertsteuer plus das bescheidene Konjunkturstimulierungsprogramm mit Investitionsbonus hätten gesamtwirtschaftlich einen Wachstumsgewinn zur Folge, der über den EWR hinausginge. Richtig ist vielmehr, dass der überwiegende Teil des gesamtwirtschaftlichen Gewinns durch einen Beitritt zum EWR aus den internen Liberalisierungen resultieren würde, die im Sinne der völkerrechtlichen Verbindlichkeit dabei vorzunehmen wären. So steht es im Gutachten Hauser, auf das wir uns stützen.

Das angekündigte Revitalisierungsprogramm des Bundesrates, das 1994, sobald die Ergebnisse der Vernehmlassungen vorliegen, vor die Eidgenössischen Räte gehen wird, hat ein klares Ziel. Es soll diese binnenwirtschaftlichen Liberalisierungen aus eigener Kraft vornehmen, weil das Nein des Schweizer Volkes uns zu diesen Anstrengungen aus eigenem Vermögen verurteilt hat. Diese Aussage ist mit zwei Vorbehalten zu versehen, nämlich dass wir bezüglich Diskriminierungspotential durch den europäischen Binnenmarkt mit einem blauen Auge davonkommen und dass wir die genannten Reformen in vernünftiger Zeit durchführen.

(Zu Herrn Vollmer) Wir meinen, dass der geldpolitische Kurs der Notenbank auch mit Blick auf die konjunkturpolitischen Erfordernisse auf Zielkurs liegt. Die Entwicklung der Teuerung tendiert nach unten. Entscheidend für die Investitionstätigkeit ist der Umstand,

dass wir heute in deutlichem Gegensatz zur Situation vor einem Jahr wieder langfristige Zinsen haben, die praktisch dem langjährigen Durchschnitt bei uns entsprechen. Freilich braucht es ein wenig Geduld, bis sich die Garagentüren vor den Baggern und Baumaschinen öffnen.

Zu den konjunkturpolitischen Konsequenzen aus den beiden Währungskrisen: Insbesondere der Abstand zur Krise Ende Juli / Anfang August ist noch zu kurz, um nachvollziehen zu können, inwieweit die verschiedenen Länder ihren wiedergewonnenen geldpolitischen Spielraum systematisch zu konjunkturpolitischen Zwecken nutzen werden. Ist es ein konjunkturpolitischer Befreiungsschlag? Bis jetzt sind vor allem Spanien und Portugal in dieser Richtung aktiv geworden, dagegen Frankreich überhaupt nicht. Oder ist es eher ein Befreiungsschlag gegenüber der Spekulation mit der klaren Absicht, am Primat der Preisstabilität festzuhalten? Je nachdem welches der beiden Szenarien sich in den nächsten Monaten durchsetzt, sind die konjunkturpolitischen Rückwirkungen für die Schweiz anders zu beurteilen.

Zur Wechselkursentwicklung: Wir sind gegenwärtig mit einer leichten Aufwertung des realen Frankenkurses konfrontiert. Dahinter verbergen sich grosse Divergenzen in der Entwicklung der bilateralen Wechselkursrelationen. So verzeichnen wir eine deutliche Abwertung gegenüber dem Yen und trotz aller Volatilität gegenüber dem Dollar, aber eine noch viel stärkere Aufwertung gegenüber dem britischen Pfund, der englischen Lira.

Meyer (zu Herrn Tschopp): Kann ein einzelnes Land sein Haus überhaupt noch in Ordnung halten? Bei aller Sympathie für die Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen oder im europäischen Bereich für die Integration darf man nicht aus dem Auge verlieren, dass diese Gebilde letztlich aus souveränen Staaten zusammengesetzt sind. Die globalen Pfeiler bilden Nordamerika, Japan und in Europa die Bundesrepublik Deutschland. Was dort passiert oder nicht, ist ausschlaggebend. Wenn ich im europäischen Bereich von massgebenden Ländern spreche, dann meine ich die vier: Frankreich, England, Italien und Deutschland. Natürlich ist die Koordination nötig und erwünscht, aber auch sie kann nur auf soliden Bausteinen basieren. Was die Spekulation angeht, so vermeide ich diesen negativ belasteten Begriff, weil ich ihn nur schwer definieren kann. Aber wenn ein Land einen festen Wechselkurs verteidigen will, dies aber nur mit Zinssätzen in einer schlichtweg unakzeptablen Höhe tun kann, dann ist der Konflikt vorprogrammiert. Dabei gibt es Leute, die hieraus Kapital ziehen. Hier muss man die Politik ändern. Sicher kann man sein Haus in Ordnung halten, durchaus mit offenen Fenstern nach aussen, aber man darf sich dabei nicht unvernünftig verhalten, und das haben die Franzosen getan.

Meyer Theo: Letzte Woche soll Delors ebenfalls gesagt haben, es gebe keine gemeinsame Währung, solange die nationalen Ökonomien nicht in Ordnung seien.

Vor einem Jahr hiess es, Zinsen und Teuerung seien deshalb so hoch, weil die Schweiz meistens administrierte Preise habe. Jetzt redet niemand mehr davon, obwohl wir immer noch dieselben administrierten Preise haben. Weshalb sind nun die Zinssätze gesunken?

Frey Walter: Die Schweizerische Nationalbank und der Bundesrat hatten für 1992 das Ziel, ein Geldmengenwachstum von rund 1 Prozent zu erreichen, damit die Zinsentwicklung positiver verlaufen und die Rezession aufgefangen werden könne. Nach den Zahlen von September zu September kam es aber sogar zu einer Verminderung der Geldmenge.

Nun müssen wir entsprechend länger warten, bis sich die Garagentüren für die Baumaschinen öffnen. Warum?

Meyer: Wir haben mit dem Bundesrat kein 1-Prozent-Ziel abgemacht. Statt dessen haben wir seit einer Reihe von Jahren unsere Politik zwar nicht geändert, aber neu formuliert. Unser Ziel ist es demnach, im mittelfristigen Durchschnitt eine Expansion der Geldmenge um 1 Prozent zu erreichen. Auf dem Weg dahin müssen wir zusätzliche Parameter berücksichtigen, zum Beispiel die geordnete Entwicklung der Zinssätze und der Wechselkurse. Ich unterstreiche nochmals: Man darf nicht nur die Möglichkeiten, sondern man muss auch die Grenzen der Geldpolitik sehen. Es gibt hier keine exakte Wissenschaft. Alle machen dabei Fehler. Entscheidend aber ist, ob man im längeren Zeitablauf im richtigen Trend liegt.

(Zu Herrn Meyer Theo) Die Zinsen sind fraglos deshalb gesunken, weil die längerfristige Politik nicht darauf ausgerichtet war, die Konjunktur abzuwürgen (was wir bei der Relevanz des Konjunkturartikels gar nicht dürfen), sondern weil wir verpflichtet waren, die Überhitzung zu dämpfen. Die schweizerische Wirtschaft ist seit Mitte der achtziger Jahre mit einem Durchschnitt von 3 Prozent gewachsen, was deutlich über ihrem Potential liegt. In den letzten zwei, drei Jahren ist hier eine Korrektur erfolgt. Wir hatten 1991 ein Nullwachstum, 1992 ein Wachstum von minus 0.5 Prozent, das auch für dieses Jahr prognostiziert wird. Das ist für viele ein schmerzhafter Preis, aber eine unabdingbare Voraussetzung für eine gedeihliche gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der längeren Frist. Es gibt einen Zusammenhang der administrierten Preise mit der Teuerung, nicht mit den Zinsen. Die Flexibilität der Preise ist u.a. deswegen beschränkt; und die Geldpolitik ist verpflichtet, länger und härter zu agieren, als sie es sonst wäre. Diese Tatsache braucht man nicht zu dramatisieren, aber man kann sie auch nicht aus der Welt schaffen. Sie wären gut beraten, wenn Sie sich des Problems der mangelnden Flexibilität der Preise, die nicht nur administrierte sind, annähmen. Es geht hier zwar nicht um ein Hauptproblem der Geldpolitik, aber es ist eine Randbedingung, die das Leben für uns und für die, die deren Auswirkungen tragen müssen, schwieriger macht.

Anhang

11.08.93 M/VD

Die schweizerische Währungspolitik

**Ausführungen vor der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates
(Bern, 30.8.93)**

Will man über die schweizerische Währungspolitik sprechen, dann erscheint es unerlässlich, diese in den grösseren Zusammenhang zu stellen. Ich werde deshalb einleitend etwas zum Auftrag der Schweizerischen Nationalbank, zum Umfeld, in dem wir operieren und zu unserem geldpolitischen Konzept sagen. Sodann möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen zum Problem der internationalen Währungsbeziehungen machen. Abschliessend werde ich auf die aktuelle Lage eingehen.

1. Der Auftrag

Sie kennen wohl den in der Bundesverfassung formulierten Auftrag der Schweizerischen Nationalbank mindestens in den grossen Zügen. Wir haben "die Hauptaufgabe, den Geldumlauf des Landes zu regeln, den Zahlungsverkehr zu erleichtern und im Rahmen der Bundesgesetzgebung eine dem Gesamtinteresse des Landes dienende Kredit- und Währungspolitik zu führen."

Gerade in einem Kreise von Parlamentariern ist die Frage von besonderem Interesse, wie im vorliegenden Zusammenhang das Gesamtinteresse zu definieren sei. Es erscheint bemerkenswert, dass diese Frage lange Zeit

offen gelassen wurde. In der Folge wurde mit der Aufnahme des Konjunkturartikels in die Bundesverfassung die notwendige Klarheit geschaffen. Der Konjunkturartikel verpflichtet den Bund, Vorkehrungen für eine ausgeglichene konjunkturelle Entwicklung, insbesondere zur Verhütung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Teuerung, zu treffen. Es scheint mir klar, dass sich auch die Nationalbank grundsätzlich nach dieser Zielsetzung auszurichten hat.

Der erwähnte Auftrag und die Präzisierung durch den Konjunkturartikel weisen der Notenbankpolitik meines Erachtens eine klare Richtung. Frei sind wir grundsätzlich in bezug auf die Wahl des Weges, der zum Ziele führen soll. Allerdings sind bei der Entscheidungsfindung sowohl Lehre und Erfahrung als auch die jeweiligen Umweltbedingungen zu berücksichtigen.

Aufgrund von Lehre und Erfahrung besteht heute weitgehend Einigkeit über die Voraussetzungen einer stabilitätsgerechten Geldpolitik. So gibt es keine Zweifel am grundlegenden Zusammenhang zwischen Geldversorgung und Preisstabilität. Die Geldpolitik kann dann einen optimalen Beitrag zu einer ausgewogenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung leisten, wenn es ihr gelingt, die Geldversorgung längerfristig angemessen auf die realwirtschaftliche Entwicklung abzustimmen.

2. Das Umfeld

Das Umfeld, in dem sich die Notenbankpolitik abspielt, wird von in- und ausländischen Einflüssen wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Natur geprägt. Naturgemäss ist dieses Umfeld in ständigem Wandel begriffen. Im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Vorstellung ist dieser Wandel

normal und nicht etwa ein Ausnahmezustand. Allerdings kann der Rhythmus der Veränderungen im Zeitablauf mehr oder weniger ausgeprägt sein.

Vor allem ist zu beachten, dass die Notenbankpolitik nicht nur eine technische Sache, sondern eine in hohem Masse politische Angelegenheit ist. Letztlich muss sie getragen werden von einem politischen Konsens in bezug auf die Stabilitätspolitik.

3. Die Absicht

Ich glaube, dass die schweizerische Geldpolitik vor allem drei Anforderungen genügen muss: Sie muss einfach und konsequent sein, sie muss langfristig ausgerichtet sein und sie muss auf einer realistischen Sicht ihrer Möglichkeiten und Grenzen beruhen.

Im Blick auf den erwähnten, von Lehre und Erfahrung bestätigten Zusammenhang zwischen Geldversorgung und realer Wirtschaftsentwicklung bleiben wir bei der Auffassung, dass es grundsätzlich darum geht, die Geldversorgung auf den realen Wachstumstrend der Wirtschaft abzustimmen. Dabei legt die Erfahrung die Annahme nahe, dass das reale Wachstumspotential einer entwickelten und vollbeschäftigten Volkswirtschaft entsprechend dem zu erwartenden Produktivitätsfortschritt in der Grössenordnung von 2 % liegt. Mehr Schwierigkeiten bereiten uns bei der Führung der Geldpolitik Fragen wie die Wahl des Massstabes für die Geldversorgung und das Verhalten der Geldnachfrage. Die Bedeutung dieser Fragen darf allerdings weder unterschätzt noch übertrieben werden.

Wesentlich scheint mir nicht zuletzt die Einsicht in die Möglichkeiten und Grenzen der Geldpolitik. Es geht dabei um mehr als um ein Feigenblatt, mit dem Fehlentwicklungen verdeckt werden sollen.

Von den Möglichkeiten habe ich gesprochen. Grenzen ergeben sich vor allem aus drei Gründen: Die Unsicherheiten in bezug auf die jeweilige Beurteilung von Lage und Aussichten der Wirtschaft, die beschränkten Einsichten in die Wirkungsmechanismen der Geldpolitik und die sich aus der internationalen Verflechtung ergebenden Konsequenzen.

Die Einsicht in diese Grenzen muss meines Erachtens Anlass dafür sein, der Versuchung des Aktivismus jederzeit zu widerstehen und die Politik konsequent langfristig auszurichten.

In jedem Falle bedarf die Geldpolitik der Ergänzung durch die Finanzpolitik und die Wettbewerbspolitik.

4. Die internationalen Währungsbeziehungen

Geordnete, möglichst stabile Beziehungen zwischen den Währungen der wichtigsten Länder sind eine wesentliche Voraussetzung für den reibungslosen Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital. Die Vorteile der damit ermöglichten Arbeitsteilung in einem weltwirtschaftlichen Rahmen sind so offensichtlich, dass sie hier nicht näher erläutert werden müssen.

Bei der Diskussion der internationalen Währungsprobleme steht die Frage im Vordergrund, auf welche Weise solche Währungsbeziehungen am besten gewährleistet werden können.

Versucht man, auf diese Frage eine Antwort zu finden, dann erscheint es realistisch, vom Bestehenden auszugehen. So lange es souveräne Staaten gibt, was wohl noch auf lange Zeit hinaus der Fall sein wird, ist es das Tun und Lassen dieser Staaten, das über die Verfassung ihrer Währungen und damit auch deren Verhältnis untereinander entscheidet. Die Hauptprobleme der internationalen Währungsbeziehungen liegen demnach nicht im institutionellen Bereich, sondern beim Verhalten der massgebenden Länder. Auch in bezug auf die internationalen Währungsbeziehungen führt kein Weg am Willen und an der Fähigkeit des einzelnen Landes vorbei, das eigene Haus in Ordnung zu halten.

Zur Zeit der Goldwährung wurde bekanntlich versucht, mit der Bindung der Währungen an das gelbe Metall gewissermassen objektive Sachzwänge zu schaffen. So führte diese Bindung im Falle einer zu expansiven Politik zu einem Verlust an Goldreserven und schuf damit einen Anreiz zu Korrekturmassnahmen. Bei näherer Ueberlegung ist allerdings leicht verständlich, dass das Gold in diesem Zusammenhang nur eine untergeordnete Rolle spielte. Entscheidend war vielmehr die Bereitschaft, den sich aus der Goldbindung ergebenden Handlungszwang zu akzeptieren und damit die Wirtschaftspolitik den aussenwirtschaftlichen Erfordernissen unterzuordnen.

Aehnlich waren die Erfahrungen mit einem System grundsätzlich fester Wechselkurse, wie es nach dem zweiten Weltkrieg im Rahmen der Vereinbarungen von Bretton Woods geschaffen wurde. Auch in diesem Falle hat sich gezeigt, dass die nunmehr vertraglich fixierten Bindungen nur so lange halten konnten, als die sich daraus ergebenden Sachzwänge respektiert wurden. Fehlte die entsprechende Bereitschaft in den einzelnen Ländern,

dann waren die Wechselkursrelationen selbst bei grosszügigen Ueberbrückungskrediten auf die Dauer nicht zu halten.

Diese Einsicht nährte schliesslich die Hoffnung, eine mangelnde Uebereinstimmung in bezug auf die wirtschaftspolitischen Ziele und Ergebnisse könne mit frei schwankenden Wechselkursen ausbalanciert werden. Auch hier waren die Erfahrungen allerdings ernüchternd. Es zeigte sich nämlich, dass flexible Wechselkurse einen Ausgleich dann und nur dann herbeiführen können, wenn sich der Ausgleichsbedarf in Grenzen hält.

Damit kehrte man zur Feststellung zurück, dass die Priorität bei der Stabilitätspolitik jedes einzelnen Landes liegen muss. Das schliesst Bemühungen um eine zwischenstaatliche Abstimmung in keiner Weise aus. Es heisst aber, dass ihnen nicht die Priorität zukommt. Koordination kann mit anderen Worten nicht bewirken, was nicht bereits im nationalen Rahmen gewährleistet ist.

5. Die aktuelle Lage

Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte hat die weltwirtschaftliche Entwicklung zu einer grösseren Ausgewogenheit im Verhältnis zwischen den Staaten Europas, Amerikas und Asiens geführt. Die Vereinigten Staaten, die Bundesrepublik und Japan sind dabei zu den Hauptträgern der internationalen Währungsbeziehungen geworden. Zusätzlich zur Entstehung eines besseren Gleichgewichtes zwischen den genannten Regionen waren Tendenzen zu einer vermehrten regionalen Zusammenarbeit festzustellen, die in Europa besonders ausgeprägt sind.

Bereits mit der Schaffung des europäischen Währungssystems hatte man sich zum Ziele gesetzt, die Wechselkurse der Mitgliedländer der Europäischen Gemeinschaft zu stabilisieren und damit zur Festigung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen beizutragen.

Dabei ist es zunächst in erstaunlichem Masse gelungen, die Wechselkurschwankungen unter den beteiligten Ländern zu vermindern. Verschiedene Faktoren haben dazu beigetragen. Offensichtlich hat das europäische Währungssystem auf seine Mitglieder disziplinierend gewirkt. Sodann waren die äusseren Rahmenbedingungen in den achtziger Jahren insofern günstig, als das Postulat einer konsequenten Stabilitätspolitik vermehrte Beachtung fand.

In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts wurde das System wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck seiner anfänglichen Erfolge insofern denaturiert, als in zunehmendem Masse auf die Möglichkeit der Wechselkursanpassung verzichtet wurde. Diese politisch motivierte Tendenz zur Vorwegnahme der Kursstabilität fiel aber mit einer zunehmenden Divergenz der wirtschaftspolitischen Entwicklung zusammen, so dass der Konflikt voraussehbar war. Es bedurfte schliesslich nur noch eines äusseren Anlasses, um die Währungsturbulenzen des vergangenen Herbstes auszulösen.

Die zu Beginn des Jahres 1992 in Maastricht erfolgte Unterzeichnung des Vertrages über die Schaffung einer Europäischen Union bildete gewissermassen den Höhepunkt einer ausserordentlich dynamischen Phase der europäischen Integration, die um die Mitte der achtziger Jahre begonnen hatte. Die damals herrschende Zuversicht erlitt allerdings durch die Ablehnung des Vertrages in Dänemark und den knappen Ausgang des französi-

schen Referendums einen empfindlichen Dämpfer. Das führte an den Devisenmärkten zu einem Verlust des Vertrauens in die bestehenden Kursrelationen. Die schwachen Währungen gerieten unter zunehmenden Druck, dem die Notenbanken letztlich nicht gewachsen waren. Der Austritt des englischen Pfundes und der Lira aus dem Europäischen Währungssystem sowie eine Folge von Kursanpassungen waren die Folge.

Die Ereignisse der vergangenen Wochen, die zum Entscheid führten, die zulässigen Schwankungsbreiten für die Wechselkurse im europäischen Währungssystem auf $\pm 15\%$ zu erweitern, gehören in den gleichen Zusammenhang.

Der genannte Entscheid bedeutet faktisch, dass das europäische Währungssystem vorübergehend suspendiert, der institutionelle Rahmen aber erhalten wird. Das erscheint unter den gegebenen Umständen als realistisch und zweckmässig. Es ist denn auch bemerkenswert, wie rasch und nachhaltig sich die Lage entspannt hat. Sofern es den massgebenden Ländern gelingt, zuerst und vor allem das eigene Haus in Ordnung zu bringen, bleibt der Weg zu einer Vertiefung der Währungsintegration jederzeit offen.

Der Schweizer Franken hat die jüngsten Währungsturbulenzen gut überstanden. Dies ist in erster Linie auf unsere Erfolge an der Teuerungsfront zurückzuführen. Es hängt aber auch damit zusammen, dass uns die freischwankenden Wechselkurse eine wenn auch beschränkte Autonomie verschaffen und die flexible Anpassung an veränderte Verhältnisse ermöglichen.

Es ist klar, dass die Bemühungen um die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa durch die jüngsten Ereignisse einen Rückschlag erlitten haben. Nüchtern betrachtet ist aber davon auszugehen, dass die bisher entwickelten Vorstellungen für das weitere Geschehen wegleitend bleiben werden. Sie verdienen deshalb weiterhin unser Interesse.

Nach den bestehenden Absichten, wie sie schon im sogenannten Delors-Bericht in wegweisender Weise formuliert wurden, sollen diese Bestrebungen über drei Etappen in die Schaffung einer Europäischen Zentralbank und einer einheitlichen europäischen Währung münden. Die Europäische Zentralbank soll von den Regierungen unabhängig und in erster Linie dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet sein. Ihre Bestrebungen sollen durch eine stabilitätsgerechte Finanzpolitik unterstützt werden.

Sollten sich solche Vorstellungen verwirklichen lassen, dann würden sich die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Stabilitätspolitik in Europa ohne Zweifel ganz wesentlich verbessern. Entscheidend wird sein, ob die potentiellen Mitglieder eines solchen Verbundes bereit sind, sich der notwendigen Disziplin zu unterwerfen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass darüber keine Gewissheit bestehen kann. Offensichtlich sind entsprechende Absichtserklärungen eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für den Erfolg. Entscheidend ist vielmehr der politische Wille, der die Absichten trägt und ihre Verwirklichung gewährleistet.

Diese Vorbehalte ändern allerdings nichts daran, dass die skizzierte Absicht der Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion grundsätzlich zu begrüßen ist. Ebenso wichtig wie das Ziel ist aber der Weg. Nicht die

Schaffung einer Europäischen Zentralbank und auch nicht die gemeinsame Währung stehen demnach im Vordergrund, sondern das Bemühen der massgebenden Länder, durch eine entsprechende Politik die Grundlagen für stabile Währungsbeziehungen schrittweise zu verbessern.

Auch für die Schweiz sind diese Bemühungen offensichtlich von grösstem Interesse. Gerade einem kleinen Lande stehen bei der Regelung seiner internationalen Währungsbeziehungen grundsätzlich zwei Wege offen. Es kann auf eine eigenständige Politik verzichten, indem es seine Währung mit derjenigen eines anderen Landes verbindet und sich damit faktisch verpflichtet, dessen Geldpolitik zu übernehmen. Oder aber es kann sich eine gewisse Autonomie bewahren, indem es seine Währungsbeziehungen flexibel gestaltet. Ueberlegung und Erfahrung legen den Schluss nahe, dass es keine ideale Lösung gibt. So erscheint eine Bindung dann als unbedenklich, wenn das Verhalten des Partners den eigenen Vorstellungen entspricht und überdies damit gerechnet werden kann, dass sich daran nichts ändern wird. Vor allem diese zweite Voraussetzung ist kaum je erfüllt, was für die Variante mit mehr Handlungsfreiheit spricht.

In dem Masse, in dem sich unser Land einmal an gemeinschaftlichen europäischen Vereinbarungen beteiligen wird, werden wir uns auch in der Währungspolitik gemeinschaftlichen Regelungen unterziehen müssen. Ich glaube, dass diese Aussicht an sich weder gut noch schlecht ist. Ausschlaggebend ist vielmehr, ob die in Frage stehenden Regelungen geeignet sind, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Stabilitätspolitik zu verbessern oder nicht.

6. Zusammenfassung

Ich möchte meine Ausführungen wie folgt zusammenfassen:

- Die Schweizerische Nationalbank hat die Hauptaufgabe, eine dem Gesamtinteresse dienende Kredit- und Währungspolitik zu führen.
- Die Geldpolitik leistet dann einen optimalen Beitrag an eine ausgewogene gesamtwirtschaftliche Entwicklung, wenn es ihr gelingt, die Geldversorgung im längerfristigen Trend der realen Wirtschaftsentwicklung anzupassen.
- Auch die Geldpolitik muss getragen werden von einem politischen Konsens in bezug auf die Bedeutung der Stabilitätspolitik.
- Für die Stabilität der internationalen Währungsbeziehungen ist letztlich entscheidend, ob es den massgebenden Staaten gelingt, das eigene Haus in Ordnung zu halten. Demgegenüber treten institutionelle Vorkehrungen in den Hintergrund.
- Die Bemühungen um eine vertiefte internationale Zusammenarbeit, auch auf dem Gebiete der Währungsbeziehungen, sind aus schweizerischer Sicht zu begrüßen.
- Die Wahl zwischen der Wahrung einer angemessenen Autonomie bzw. dem Eingehen vertiefter Bindungen ist auf Grund der genannten Kriterien zu treffen. Naturgemäss ändern sich die Voraussetzungen für diesen Entscheid im Laufe der Zeit, so dass die Lagebeurteilung immer wieder neu zu vollziehen ist.

Pressemitteilung

Die aussenpolitische Kommission des Nationalrates tagte am 30. August 1993 in Bern unter dem Vorsitz von Nationalrat Albrecht Rychen (V/BE) und im Beisein von Staatssekretär Kellenberger.

Die Kommission befasste sich eingehend mit der Entführung der Schweizer in Südostanatolien durch kurdische Extremisten. Sie unterstützt die Bemühungen des Bundesrates zur Freilassung der verschleppten Landsleute und fordert die Entführer auf, diese - sowie die Geiseln anderer Nationalitäten - unverzüglich freizulassen.

Die Kommission erörterte auch die Entwicklungen der schweizerischen-türkischen Beziehungen seit den Ereignissen vom 24. Juni 1993 vor der türkischen Botschaft in Bern.

Die Lage im ehemaligen Jugoslawien und insbesondere die von unserem Land geleistete humanitäre Hilfe war ebenfalls Gegenstand einer Orientierung.

Dr. Hans Meyer, Vizepräsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, orientierte die Kommission über "Die schweizerische Währungspolitik - Aktuelle Lage und Zukunftsperspektiven" und über die "Entwicklungen im Rahmen des Europäischen Währungssystems und seiner Auswirkungen auf die Schweiz".

Die Geldpolitik leiste dann einen optimalen Beitrag an eine ausgewogene gesamtwirtschaftliche Entwicklung, wenn es ihr gelinge, die Geldversorgung im längerfristigen Trend der realen Wirtschaftsentwicklung anzupassen.

Für die Stabilität der internationalen Währungsbeziehungen sei letztlich entscheidend, ob es den massgebenden Staaten gelinge, das eigene Haus in Ordnung zu halten. Demgegenüber träten institutionelle Vorkehrungen in den Hintergrund.

Die Kommission wurde auch über den Stand der Verhandlungen betreffend die nach dem EWR-Nein der Schweiz notwendig gewordene Anpassung der Verträge zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein orientiert. Es sollen Wege gefunden werden, damit die offene Grenze zwischen den beiden Ländern aufrechterhalten bleiben kann.

Auch die Zielsetzungen der Schweiz für den Europaratgipfel vom 8./9.10.1993 in Wien waren erneut auf der Tagesordnung.

Vorberaten hat die Kommission auch die Botschaft über die Genehmigung von verschiedenen Wirtschaftsvereinbarungen (93.048) - Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den baltischen Republiken, Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und Rumänien, Beitritt zum internationalen Zuckerabkommen von 1992 und Ratifizierung des Protokolls zur Verlängerung der Vereinbarung über den internationalen Handel mit Textilien. Die einstimmige Kommission wird ihrem Rat Zustimmung zu diesen Vereinbarungen beantragen.

Bitte wenden

Die einstimmige Kommission - bei jeweils zwei Enthaltungen - wird ihrem Rat ebenfalls Zustimmung zu den Doppelbesteuerungsabkommen der Schweiz mit Luxemburg und mit Marokko beantragen.

3003 Bern, den 31. August 1993

Parlamentsdienste
Fachdienst II

Erreichbarkeit von Kommissionspräsident Rychen am 31.8.1993 für die Erteilung ev. Auskünfte:

08.00 - 11.30 Uhr: Tel. 032 84 18 35

12.00 - 14.00 Uhr, Restaurant "Münz", Hotel Bellevue, Tel. 22 45 81

C O M M U N I Q U E D E P R E S S E

La Commission de politique extérieure du Conseil national s'est réunie le 30 août 1993 à Berne, sous la présidence de M. le Conseiller national Albrecht Rychen (UDC/BE) et en présence de M. le Secrétaire d'Etat Kellenberger.

La commission a examiné de manière approfondie la question de l'enlèvement des ressortissants suisses par des extrémistes kurdes dans la région du sud-est de l'Anatolie. Elle appuie les efforts du Conseil fédéral pour obtenir la libération de nos compatriotes victimes de cet enlèvement et exige des ravisseurs qu'ils soient libérés immédiatement ainsi que les otages d'autres nationalités.

La commission a discuté également au sujet de l'évolution des relations turco-suisse depuis les événements survenus le 24 juin 1993 devant l'ambassade de Turquie à Berne.

La commission a été informée en outre de la situation dans l'ancienne Yougoslavie et en particulier au sujet de l'aide humanitaire fournie par notre pays.

M. Hans Meyer, Vice-président du Directoire de la Banque nationale suisse a informé la commission sur "la politique monétaire suisse - la situation actuelle et les perspectives d'avenir " et sur "le développement du système monétaire européen et de ses effets sur la Suisse".

La politique monétaire fournira une contribution optimale au développement économique global et équilibré si on réussit d'adapter à long terme la masse monétaire à l'évolution réelle de l'économie.

En dernière analyse, il est déterminant pour la stabilité des relations monétaires internationales que les Etats d'importance réussissent au préalable à maintenir l'ordre dans leur propre maison. En revanche, les dispositions institutionnelles passent au second plan.

La commission a aussi été informée de l'adaptation des traités entre la Suisse et la Principauté du Liechtenstein suite au vote négatif de l'EEE. On devrait trouver des voies appropriées pour garder ouverte la frontière entre les deux pays.

L'information sur les travaux préparatoires du Sommet de Vienne du Conseil de l'Europe (8/9 octobre 1993) a été à nouveau à l'ordre du jour.

La commission a également préexaminé le message concernant divers accords économiques internationaux (93.048) - Accords de libre échange entre la Suisse et les Pays baltes, Accord entre les Etats de l'AELE et la Roumanie, adhésion à l'Accord international sur le sucre de 1992 et la ratification du Protocole portant prorogation de l'Arrangement concernant le commerce international des textiles. A l'unanimité, la commission proposera au plénum d'approuver ces divers accords économiques.

Tournez s.v.p.

A l'unanimité également , mais avec chaque fois deux abstentions, la commission proposera au plénum d'approuver les deux accords de double imposition entre la Suisse et le Luxembourg (93.030) et entre la Suisse et le Maroc (93.046).

Berne, le 31 août 1993

Services du Parlement

Service de commission II

Le Président de la commission est atteignable pour fournir d'autres informations éventuelles le 31 août 1993:

de 8h à 11h30: Tél. 032 / 841835;

de 12h à 14h : Restaurant "Münz", Hôtel Bellevue, Tél. 224581.

Bern, 17.9.1993

Vertraulich/Confidentiel

NATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission

TEILPROTOKOLL 1 der Sitzung vom 30. August 1993,
 09.30 - 17.30 Uhr,
 in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3

TAGESORDNUNG 2. Aktuelles aus dem EDA
 (ohne anschliessende Diskussion)
 3. Aktualitäten
 3.1. Kurdistan
 3.2. Die Lage im ehemaligen
 Jugoslawien

ORDRE DU JOUR 2. Information du DFAE sur ce qui est
 actuel
 (sans qu'une discussion s'ensuive)
 3. Actualités
 3.1. Le Kurdistan
 3.2. La situation dans l'ancienne
 Yougoslavie

TEILNEHMER Präsidium: Rychen

Anwesende Mitglieder: Frey Claude,
Aubry, Bär, Berger, Darbellay
(ersetzt Columberg), Eggly, Fischer-
Hägglingen, Frey Walter,
Grendelmeier, Haller, Maitre, Meyer
Theo (ersetzt Bäumlin), Moser,
Mühlemann, Nabholz, Oehler, Rebeaud,
Ruffy, Segmüller, Steffen, Tschopp,
Vollmer, Wyss Paul, Zbinden Hans,
Ziegler Jean

Entschuldigt: Bäumlin, Caccia,
Columberg,
HH. Bundesräte Cotti, Delamuraz

Weitere Teilnehmer:

Zu Traktandum 2:
H. Kellenberger, Staatssekretär, EDA
H. Botschafter Ducrey, EDA
H. Raedersdorf, DEH, EDA
H. Feldmeyer, EDA
H. Stücheli, EDA

Zu Traktandum 3:
H. Kellenberger, Staatssekretär, EDA
H. Botschafter von Däniken, EDA
H. Feldmeyer, EDA
H. Baum, EDA
H. Stücheli, EDA

Kommissionssekretariat: Alfred Aebi

Protokoll: Kuonen (f), Theobaldy (d)

2. Aktuelles aus dem EDA (ohne anschliessende Diskussion)
 Information du DFAE sur ce qui est actuel
 (sans qu'une discussion s'ensuive)

Kellenberger: Ich beschränke mich hier auf zwei Problemkreise.

Der erste Problemkreis ist der Friedensprozess im Nahen Osten. Interessanterweise haben die Ereignisse im Südlibanon die Weiterführung dieses Prozesses kaum in Frage gestellt. Im Gegenteil, dieser Prozess hat am Vorabend der elften Gesprächsrunde, die morgen in Washington beginnt, an Dynamik gewonnen. Wir denken hierbei in erster Linie an die sogenannte Gaza-Jericho-First-Option, die jüngst in den Medien Schlagzeilen gemacht hat. Tatsächlich scheinen sich Israel und die PLO in direkten Geheimverhandlungen grundsätzlich auf diese Option geeinigt zu haben. Sie würde auch eine gegenseitige Anerkennung umfassen.

Gaza-Jericho-First geht auf die israelische Idee eines einseitigen Abzugs aus dem überbevölkerten und permanent unruhigen Gazastreifen zurück. Der Einbezug Jerichos, gemäss eigenen Aussagen ein Vorschlag von Arafat, soll den Palästinensern erlauben, gleichzeitig einen Fuss in der Westbank zu haben. Obwohl von dieser Option viel gesprochen wird, ist erstaunlich wenig und in erster Linie Widersprüchliches bekannt. Aus unserer Sicht stellen sich folgende Fragen:

Soll es sich um eine begrenzte Autonomie im Sinne der bisherigen Verhandlungen oder praktisch um eine Übergabe des Gebiets an die PLO unter israelischer Oberhoheit im Sicherheits- und Aussenbereich handeln? Wie sollen die beiden territorial durch Israel getrennten Gebiete untereinander und mit dem jordanischen beziehungsweise ägyptischen Hinterland verbunden sein? Werden beide Seiten in der Lage sein, diese Option innenpolitisch zu verkaufen? Ein weiterer Faktor wird die Haltung Jordaniens und Syriens sein. König Hussein, der die jordanische Annexion der Westbank, wozu Jericho gehört, 1988 gekündigt hatte, hat sich bereits skeptisch geäussert. Über die Haltung Syriens, das ihm nicht genehme Lösungen in der Regel geschickt torpediert, ist bisher wenig bekannt.

Gaza-Jericho-First bildet nur eine Übergangslösung. Die palästinensische Seite wird sicher auf einer klaren Verbindung mit der endgültigen Lösung beharren, die auch die äusserst schwierige Jerusalem-Frage umfassen müssen wird. Allzu grosser Optimismus wäre verfrüht. Die detaillierte Aushandlung schon der Übergangslösung dürfte noch einige Zeit beanspruchen. Immerhin stehen beide Seiten unter erheblichem Zugzwang, diese Chance nicht zu verpassen. Auf die anderen bilateralen Verhandlungen mit Jordanien und Libanon würde sich ein Durchbruch im israelisch-palästinensischen Teil natürlich positiv auswirken.

M. Ducret: En ce qui concerne la situation actuelle dans les relations palestino-israéliennes, on relève un double problème-clé. S'agit-il d'une étape ou d'une solution définitive? Pour beaucoup d'Israéliens, la solution Gaza-Jéricho est quelque chose de définitif. Pour les Palestiniens en revanche, elle ne représente qu'une étape. On va donc au-devant d'un dilemme. Si Arafat ne parvient

pas à dépasser une solution considérée comme minimale, sa position sera dépréciée au sein de la communauté palestinienne, vraisemblablement au profit de Hamas. Le conflit entre l'OLP qui a toujours son siège à Tunis et les maximalistes représentés par Hamas est toujours très présent. Dans le camp israélien le contexte est équivalent. Le Likoud qui est minimaliste préférerait être face à un mouvement palestinien rigide qui entretient la vision d'un interlocuteur avec lequel on ne peut pas entrer en discussion. Arafat qui est prêt à quelques concessions entre davantage dans les vues des mouvements travaillistes israéliens.

L'OLP est actuellement dans une situation financière très précaire. Si Arafat ne parvenait qu'à la solution considérée comme minimale, la représentativité de l'OLP diminuerait et son autorité personnelle serait combattue au sein des mouvements palestiniens.

Hamas est un mouvement de résistance qui est une organisation islamiste fondamentaliste et qui se présente comme l'aile militaire des Frères musulmans active dans la région depuis les années 50. C'est donc un mouvement dur, qui bénéficie du soutien, notamment de la Syrie et, indirectement de l'Iran par l'intermédiaire du Hezbollah. Il combattra certainement toute disposition ou tout accord entre l'OLP et Israël qui n'irait pas vers une autonomie, voire une indépendance ou la création d'un Etat palestinien dans des délais raisonnables.

Kellenberger: Der zweite Problemkreis bildet die Lage in Georgien.

Knapp ein Jahr nach dem Einmarsch der georgischen Truppen in der abchasischen Hauptstadt Suchumi am 14. August 1992 unterzeichneten die stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden aus Georgien und Abchasien mit dem russischen Aussenminister in Sotschi am 27. Juli 1993 das dritte Waffenstillstandsabkommen für Abchasien. Das vor allem in Tiflis umstrittene Abkommen sieht unter anderem die Einhaltung der Waffenruhe in einer im Mai 1993 definierten Konfliktzone und die Bildung einer gemeinsamen Überwachungskommission vor. An dieser Kommission sind UNO und KSZE beteiligt. Darüber hinaus verlangt das Abkommen den Rückzug der georgischen Truppen aus der Konfliktzone innerhalb von zehn bis fünfzehn Tagen nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstands. Obwohl seither beinahe täglich vereinzelte Schusswechsel gemeldet werden und sich beide Seiten vorwerfen, den Waffenstillstand zu verletzen, kann heute von einer wesentlichen Beruhigung der Region gesprochen werden.

Der Sonderbeauftragte des UNO-Generalsekretärs für Abchasien und der Schweizer Botschafter in Paris, Herr Brunner, der in den letzten Monaten mehrmals in Georgien war, bestätigten Anfang August, dass der Waffenstillstand weitgehend eingehalten werde. Der Krieg in Abchasien hatte im vergangenen Jahr etwa 3000 Menschenleben gefordert. Die Zahl der Flüchtlinge wird auf 30000 geschätzt. Dass die Lage gespannt bleibt, zeigen die Anhänger des ehemaligen Präsidenten Gamsachurdia, die Ende Juli 1993 gewaltsam in die westgeorgische Stadt Senaki eingedrungen sind. Erst nach zähen Verhandlungen unter Androhung entschiedener Massnahmen durch das georgische Militär haben

die Rebellen ihre Aktion nach 24 Stunden abgebrochen. Kleinere Demonstrationen für den im Dezember 1991 gestürzten Präsidenten fanden in den vergangenen Wochen an verschiedenen Orten Westgeorgiens statt.

Zur internen Situation in Georgien: Nach der gescheiterten Budgetdebatte im georgischen Parlament verteidigte Präsident Schewardnadse am 5. August 1993 seinen Vorschlag, ein Notstandsregime zur Herstellung von Ruhe und Ordnung einzurichten. Trotz entsprechender Forderungen der parlamentarischen Opposition kam der in derselben Woche gefällte Rücktrittsentscheid der Regierung Sigua für aussenstehende Beobachter überraschend.

Der UNO-Sicherheitsrat hat letzte Woche eine Resolution verabschiedet, in deren Punkt 9 der Generalsekretär eingeladen wird, die Anstrengungen für einen Friedens- und Verhandlungsprozess, der zu einer politischen Gesamtlösung führen soll, energisch zu fördern und so rasch wie möglich einzuleiten. Im Moment sieht es danach aus, dass dieser Prozess bereits Mitte September beginnen kann.

M. Ziegler Jean: Si les Israéliens négocient directement avec l'OLP, la Suisse réexaminera-t-elle le statut de la délégation de cette organisation à Genève?

Kellenberger: Die Bestätigung muss erst noch kommen, ob die vermutete Normalisierung in der Beziehung zwischen Israel und der PLO wirklich eintritt. Sicher werden wir im Lichte dieser Entwicklungen die Lage intern überprüfen und sehen, welche Konsequenzen sich für uns daraus ergeben.

Die **Kommission** beschliesst, die Sitzung auf einen Tag zu beschränken.

3. Aktualitäten / Actualités

3.1. Kurdistan / Le Kurdistan

Kellenberger: Ich möchte zwei Sachen trennen, die Geiselnahme einerseits und die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Türkei andererseits.

Zur Geiselnahme:

Wie Sie wissen, erfolgte die Geiselnahme der vier Personen am 19. August 1993. Es handelt sich um je zwei Personen schweizerischer und italienischer Nationalität, wobei die Frau des Schweizers ihre italienische Staatsbürgerschaft beibehalten hat. Die Nachricht darüber traf am 21. August gegen Abend ein. Wir haben am Sonntag, dem 22. August, eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Botschafter Franz von Däniken eingesetzt. Ihr Mandat war die Ausarbeitung von Instruktionen für unsere Botschaft in Ankara, das Einholen von Informationen aus Staaten, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, der Aufbau einer engen Zusammenarbeit mit den Behörden Italiens und Deutschlands, aus deren Ländern ebenfalls noch Geiseln in der Hand der PKK sind, sowie allgemein ein Hinwirken auf eine rasche Freilassung der Geiseln.

Am 25. August gab es eine gemeinsame Erklärung des Bundesrates und der italienischen Regierung, in der die bedingungslose und sofortige Freilassung der Geiseln gefordert wurde. Von kurdischer Seite hat eine Sprecherin der kurdischen Informationsagentur am 24. August Stellung genommen. Am 25. August gab es eine Presseerklärung der ERNK Europavertretung. In der *Sonntagszeitung* vom 29. August erschien ein Interview mit Herrn Sadan.

Im Moment gilt es folgendes festzuhalten: Unser Ziel ist es selbstverständlich, diese Geiseln so rasch wie möglich bedingungslos freizubekommen. Seit dem ersten Tag arbeiten wir auf das engste mit Deutschen und Italienern zusammen. Diese ausserordentlich offene und transparente Zusammenarbeit läuft über die Hauptstädte Bern, Rom, Bonn und in Ankara selbst, wo Koordinationssitzungen stattfinden und gemeinsame Demarchen durchgeführt werden. Unser Vorgehen wird mit den beiden anderen Ländern streng abgestimmt, und diese vollkommene Koordination ist das positive Kapitel in dieser negativen Angelegenheit. Wir haben sofort auch Kontakte, sei es über die Hauptstädte, sei es in Ankara, mit Frankreich und Grossbritannien geknüpft. Die beiden Länder haben mit solchen Geiselfragen sehr viel Erfahrung, die wir uns nun zunutze machen können.

Zur Beziehung zwischen der Türkei und der Schweiz:

An der letzten Sitzung der APK habe ich bis zum Stand vom 5. und 6. Juli 1993 informiert. Zum Empfang am Abend des 1. August in der Schweizer Botschaft in Ankara ist der türkische Aussenminister erschienen. Diese unerwartete Geste ist ein Zeichen auf hoher Ebene, dass die türkische Seite eine Normalisierung unserer Beziehungen wünscht. Am 11. August hat der bernische Untersuchungsrichter das Begehren gestellt, dass wir die Aufhebung der Immunität für Botschafter Toperi und einen Mitarbeiter der türkischen Botschaft verlangen. Der Bundesrat entschied am 18. August, dieses Gesuch an die Türkei weiterzuleiten, was am selben Tag geschah. Es ging hier nicht um eine Verurteilung der beiden, sondern um ihren Einbezug in die laufenden

Ermittlungen zur Klärung des Sachverhalts und der Verantwortlichkeit.

Am 24. August hat die Türkei uns in einer Note ersucht, Botschafter Ramseyer und die Herren Mayor und Baumeier bis 31. August mittags in die Schweiz zurückzurufen. Der Bundesrat hat heute entschieden, dies zu tun. Die Reduzierung unseres Personals in Ankara kommt in einem schwierigen Moment. Daher haben wir heute zur Verstärkung einen jüngeren Diplomaten losgeschickt. Übrigens behandeln uns die türkischen Behörden in der Geiselfrage exakt gleich wie die Deutschen und die Italiener.

Präsident: Es taucht immer wieder die Frage auf, ob unsere Regierung nicht doch im geheimen mit der PKK verhandelt - was ich für einen gefährlichen Weg hielte. Der Bundesrat hat allerdings erklärt, solche Verhandlungen kämen nicht in Frage. Ist das richtig, und hält man daran fest?

M. Eggly: Je suis favorable à l'adoption d'une attitude ferme dans cette affaire. Toutefois, il est fort regrettable que le juge d'instruction bernois, soutenu par le Conseil fédéral, ait présenté si tardivement la demande de levée de l'immunité diplomatique. La fermeté est d'autant plus efficace qu'elle est appliquée immédiatement. Ce n'est pas plusieurs semaines après qu'il faut agir de cette façon. Y avait-il des contacts dès le début entre la justice bernoise et le Département fédéral des affaires étrangères?

Le Conseil fédéral avait-il raison d'accepter la demande tuque de rappeler son ambassadeur et ses deux collaborateurs en Turquie? En effet, comme l'a souligné le département, ils se sont comportés parfaitement. Alors, ne fallait-il pas laisser la Turquie prendre la responsabilité de les expulser?

Compte tenu de ce mauvais contexte avec la Turquie, les contacts pris par M. Ramseyer avec les autorités turques pour retrouver les "hurluberlus" qui recherchent l'Arche de Noé sont-ils maintenus? Sont-ils constructifs?

Steffen: Ich bitte Herrn Kellenberger, die Frage nach Geheimverhandlungen mit der PKK nicht zu beantworten. Man kann nicht damit rechnen, dass aus unserer Kommission keine Details nach aussen dringen würden.

Die vier Personen sind entgegen den Warnungen in das bekanntermassen gefährdete Gebiet gereist und entführt worden. Das kostet unseren Staat eine Menge Geld und viel Arbeit. Mich stören Vorwürfe der Tessiner Angehörigen über Radio und Fernsehen an die Adresse unserer Beamten. Man sollte klarer und unmissverständlicher auf die Selbstverantwortung dieser vier Leute hinweisen und sich dagegen verwahren, dass man den Einsatz unserer Beamten nicht würdigt.

M. Frey Claude: Je partage l'avis de M. Eggly. Ce qui est gênant dans cette affaire, c'est la mollesse de réactions d'une part et les délais d'autre part. La Turquie et la Suisse n'ont-elles pas un intérêt commun à la désescalade? Lors de la dernière séance de notre commission, j'avais demandé pourquoi nous n'avions pas rappelé notre

ambassadeur dès le début pour consultation. Cela l'aurait au moins mis hors de portée de la mesure qui le frappe actuellement.

Bien que ma préoccupation soit en marge de la politique extérieure - elle a cependant des répercussions à ce niveau -, je me demande pourquoi nous n'avons pas encore interdit en Suisse le Parti des travailleurs du Kurdistan. Ce sont des terroristes - je dispose de témoignages -, des gens qui rackettent les citoyens kurdes ou turcs établis dans notre pays. Ils ne peuvent pas se plaindre, car ils ont des enfants, de la famille et ils craignent pour eux. Ils vont chercher leurs enfants à la sortie de l'école parce qu'ils ont peur des représailles, notamment lorsqu'ils sont Turcs. Je souhaite que l'on examine sérieusement cette éventualité. Je ne sais pas si la nouvelle disposition légale qui régit les relations entre la commission et le Conseil fédéral nous octroie un droit de proposition dans ce sens. Si tel est le cas, je désire au moins un vote consultatif de la commission. Je souhaite l'interdiction du PKK avec effet immédiat. Certes, une telle décision ne serait pas idéale dans le contexte de la prise d'otages, mais je ne regarde pas la politique d'un pays par rapport à deux hurluberlus qui vont chercher l'Arche de Noé.

Vollmer: (Zu Herrn Frey Claude) Mit einem solchen Vorgehen lösen wir das Problem nicht, das sich in zweierlei Hinsicht stellt, zum einen als Geiselfrage und zum andern als unsere Kurdenpolitik. Wir verschliessen damit die Augen vor der Situation, dass die Kurden in der Türkei unter massiven Menschenrechtsverletzungen leiden und dass die PKK heute faktisch die anzuerkennende Sprecherin der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung darstellt. Diese Realitäten müssen wir zur Kenntnis nehmen, ob uns das passt oder nicht. Mit einem Verbot dieser Bewegung können wir das Kurdistanproblem in keiner Weise bewegen. Welches sind die politischen Einschätzungen von seiten des EDA bezüglich der Lösung der Geiselfrage und bezüglich ihres Zusammenhangs mit unserer Türkeipolitik? Offensichtlich geht es der kurdischen Bewegung in erster Linie darum, eine politische Anerkennung ihrer Existenz zu erreichen, was sie nun mit Geiselnahmen zu forcieren versucht. Auf dieser Basis lassen sich unsere politischen Möglichkeiten abschätzen. Ich fürchte, dass uns hier einmal mehr die Diplomatie im Wege steht, weil sie davon ausgeht, dass wir völkerrechtliche Beziehungen mit der Türkei als Staat haben und daher weder die politischen Realitäten dort anerkennen noch entsprechend handeln können. Lassen sich also die Konflikte noch diplomatisch lösen oder sind hier nicht politische Lösungen erforderlich, wie sie durch die Diplomatie nicht mehr zu leisten wären?

M. Ziegler Jean: Le rapport qui nous a été adressé est excellent et complet. L'élément que j'aurai souhaité encore y voir, c'est un résumé de l'intensification de nos rapports commerciaux avec la Turquie. En effet, depuis la conclusion d'un nouvel accord entre les pays de l'AELE et la Turquie, les relations commerciales, financières, etc. qui étaient déjà intenses auparavant entre la Suisse et la Turquie ont encore augmenté de façon très substantielle. Les représentants de notre pays condamnent énergiquement

les isolations des droits de l'homme par l'armée et la police truque, tant au Kurdistan qu'à Chypre. L'attitude suisse est donc contradictoire. En effet, la Suisse devrait encore intensifier sa critique des violations des droits de l'homme par les autorités turques et diminuer les échanges commerciaux et financiers. Elle ne doit pas être un des principaux fournisseurs de ce régime abject.

En ce qui concerne les négociations actuellement en cours, je pense que M. Kellenberger ne nous a communiqué qu'une petite partie de l'information. Il a d'ailleurs bien raison. Certes, notre commission n'a pas beaucoup d'influence, mais il paraît évident que la Suisse devrait négocier avec le PKK qui est un mouvement de libération. Et, surtout ne prétendez pas ne pas savoir comment l'atteindre, car le DFAE sait pertinemment que le secrétaire général de cette organisation est à Damas. Le bureau du PKK - c'est de notoriété internationale - se situe à côté du Sheraton. C'est une institution bien connue à Damas et l'ambassadeur suisse entretient certainement des rapports - autrement il ne fait pas son travail et il faut le renvoyer - avec lui en envoyant quotidiennement son troisième secrétaire. J'ajoute que le temps joue contre nous. Si un commando turc intercepte le groupe kurde retenant les otages ou découvre le lieu où ils sont détenus, les Turcs tueront nos compatriotes. Alors, négociez vite avec le PKK!

M. Rebeaud: J'invite les représentants du DFAE à répondre aux questions qui lui sont posées. Contrairement aux affirmations de M. Steffen, je rappelle que nous avons le devoir de respecter la confidentialité de nos délibérations. Les responsables de l'administration savent ce qu'ils peuvent nous dire. Ce n'est pas à nous de leur demander de ne pas répondre à nos questions. Je ne suis pas d'accord sur l'utilisation du terme "hurluberlu". Il n'y a pas des bons ou des mauvais Suisses, des Suisses dignes de protection et d'autres indignes. Il suffit qu'ils soient en possession du passeport suisse pour que tout doit être accompli pour obtenir leur libération. Que se serait-il passé dans nos rapports avec la Turquie et dans la perspective de nos efforts pour obtenir la libération des otages si le Conseil fédéral avait refusé de rappeler son ambassadeur?

Oehler: Der jetzige Stand der Dinge ist nicht überraschend. Ich erinnere an den Fall von Herrn Bühler, der zehn Monate zu lang sitzen musste. Die Diplomatie ist stark auf dem Papier, aber schwach in der Innovation und nicht vorhanden im Vollzug. Auch ich habe den Eindruck, dass sie hier notwendigen und raschen Lösungen im Wege steht. Ich fürchte keine Geheimverhandlungen. Wenn die Verwandten der Geiseln die Behörden kritisieren, dann haben sie aufgrund der Vorkommnisse in den vergangenen fünf bis sechs Jahren allen Grund dazu. Wie in den Fällen vorher, vor allem bei den Hilferufen der irakischen Geiseln, dürfen sie sich nicht viel und schon gar nicht umgehend etwas erwarten. Ist der Vorgänger des heutigen Botschafters, der zu allen Geheimnisträgern und Geheimdiensten in der Türkei sehr undiplomatische, aber sehr gute Verbindungen hatte, in

diese Angelegenheit einbezogen? Solche Kanäle existieren und müssen genützt werden.

Die jüngsten Ereignisse sind das Ergebnis der Politik in den vergangenen zwei, drei Monaten. In der letzten Sitzung hier haben der Generalsekretär des EJPD und der stellvertretende Generalsekretär des EDA betont, wie erfolgreich sie gearbeitet hätten. Das Ergebnis sehen wir heute. Es sind nun endgültig stärkere Bandagen anzulegen. Die Türkei führt uns über Jahre hinweg an der Nase herum. Man weiss dort, dass man die besseren Trümpfe hat, und zwar deshalb, weil aufgrund des Völkerrechtes vom EDA aus Ansinnen an die Türkei gestellt wurden, die diese in Wahrung ihres Gesichts nicht erfüllen konnte. Wir sind einem Phantom nachgelaufen und haben uns im Wald verloren. Was die PKK angeht, so ist der Terror, den sie unter den Türken hier ausübt, härter und offener, als wir meinen. Das erfahren und erzählen schon unsere Kinder, die mit türkischen Kindern zur Schule gehen. Wollen Sie warten, bis in einer nächsten Phase auch Kleinkindergeiselnahmen stattfinden?

Präsident: Gerade dieses Plädoyer wirft die Frage auf, wie man denn diesen Fall lösen soll. Unsere Diplomaten haben eine schwierige Aufgabe zu bewältigen. Sie müssen völkerrechtliche Bestimmungen und Regeln respektieren. Wer es nicht tut, erzeugt sofort einen Skandal. Aber vielleicht gibt es noch ganz konkrete Vorschläge hier, wie man diesen Entführungsfall lösen könnte.

Frey Walter: Seit dem Zeitpunkt, an dem die türkische Botschaft beinahe erstürmt worden wäre, begann die Eskalation der Schwierigkeiten zwischen der Türkei und uns. Das gleiche hat auch in anderen europäischen Ländern stattgefunden. Diese haben sofort reagiert und betont, dass bei ihnen keine Stellvertreterkriege geführt werden. Dahin geht das Votum von Herrn Frey Claude. Wir dürfen auf keinen Fall Stellvertreterkriege dulden. Immerhin wurde bereits von zwei Mitgliedern der Kommission darüber nachgedacht, ob man eine terroristische Organisation, die solche Stellvertreterkriege führen will, nicht verbieten müsse. Wenn man solche politischen und nicht diplomatischen Überlegungen in die Öffentlichkeit trägt, dürfte man damit diesen Kreisen einen Dämpfer geben. Ein Kontext mit der Geiselnahme besteht. Bis heute haben beinahe alle Geiselnahmen aus politischen Motiven nur über ein Gleichgewicht des Schreckens gelöst werden können. Beide Seiten haben das Gesicht gewahrt, und die angedrohten Massnahmen konnten meistens ausbleiben.

Frau Bär: Es ist bedauerlich, dass wir nicht über den Bericht zur Politik der Schweiz gegenüber der Türkei und dem Kurdenproblem diskutieren, sondern dass jeder hier eine bessere Lösung zu wissen glaubt, wie man die Geiseln aus der Hand der PKK befreien könnte. Tatsächlich ist es nicht die Aufgabe unserer Kommission, hier Tips zu geben. Im Bericht des EDA vermisste ich die wirtschaftlichen Beziehungen, die wir in den letzten Jahren gepflegt haben, unsere Lieferungen von Waffen an die Türkei einerseits und die Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen der Türkei

andererseits, ob im Europarat oder im direkten Gespräch mit türkischen Geschäftsträgern.

In diese nicht kohärente Politik spielt ein weiteres Problem hinein, das mit dem Namen von Herrn Maurer zusammenhängt, der auf unserer Botschaft in Ankara akkreditiert war und gegen den letzte Woche massive Vorwürfe in der Presse bekannt wurden. Die Frage lautet hier: Arbeitet die Schweizer Botschaft bei Asylabklärungen mit dem türkischen Staatsschutz zusammen? Dazu hat sich das EDA bisher sehr zurückhaltend geäußert. Wie steht es hier um die Zusammenarbeit mit dem BFF, und wie können diese Vorwürfe entkräftet werden?

Mme Aubry: Dans le programme qui nous a été remis pour la séance d'aujourd'hui la pause de midi était fixée entre 12.00h et 14.00h. Certes, elle était peut-être un peu longue. Mais, nous profitons souvent de ce laps de temps pour prendre d'autres engagements. Je fais donc une motion d'ordre en vous demandant de respecter un tant soit peu le temps qui était prévu, de manière à ne pas faire attendre les gens avec lesquels nous avons rendez-vous. Je souhaite donc que cette séance soit interrompue dès maintenant jusqu'à 14.00h afin que nous puissions poursuivre cette discussion sur les Kurdes, le PKK et le Kurdistan. Je regretterai vivement de ne pas entendre les réponses de M. Kellenberger.

Präsident: Nach unserem Beschluss von heute morgen war es der Wille der Mehrheit dieser Kommission, den Zeitplan zu ändern.

Kellenberger: Es ist nicht im Interesse der Sache, wenn wir hier zur Geiselnahme im Detail über unsere Kontakte berichten. Immerhin hat der Bundesrat zwei Rahmenbedingungen gesetzt: Keine Verhandlungen mit der PKK. Unsere Gesprächspartner sind die türkischen Behörden.

(à M. Eggly:) Pourquoi la demande de levée de l'immunité diplomatique de l'ambassadeur et de son collaborateur a-t-elle nécessité tant de temps? Le juge d'instruction est arrivé à la conclusion au mois d'août qu'il ne pouvait plus avancer dans sa procédure sans le témoignage des ces deux personnes. C'est la raison pour laquelle il a présenté une demande le 11 août 1993.

Le Conseil fédéral était-il bien inspiré de rappeler ses diplomates en Turquie? Théoriquement, nous aurions pu les laisser jusqu'à demain midi. Personne ne pouvait véritablement prévoir la suite des événements. Toutefois, la probabilité que nos diplomates auraient été déclarés persona non grata était beaucoup plus grande que l'inverse. Si tel avait été le cas, la dégradation des relations entre la Turquie et la Suisse se serait poursuivie. Ce n'est vraiment pas le moment d'en arriver à une telle situation. Le Conseil fédéral a donc estimé préférable d'éviter l'escalade.

Quels sont nos contacts avec les autorités turques? M. Ramseyer, notre ambassadeur, avait de très bonnes relations en Turquie. Dans ces circonstances, pour quelqu'un qui ne se trouvait sur place que depuis quelques mois, il a accompli un travail extraordinaire. Nous n'avons

aucune raison de croire que les Turcs ne continuent pas à coopérer maintenant aussi bien avec le chargé d'affaires qui se trouve sur place.

(Zu Herrn Steffen) Ihre Vorwürfe sind nicht berechtigt. Die Familie im Tessin wird alle 48 Stunden informiert und ist im Kontakt mit uns. Abgesehen davon hat man, so meine persönliche Ansicht, eine gewisse Selbstverantwortung. Das EDA kann nicht für jede touristische Unternehmung die Verantwortung übernehmen. Trotzdem tun wir selbstverständlich alles, damit die zwei Personen rasch und gesund in die Schweiz kommen.

(à M. Frey Claude:) Vous avez effectivement raison en affirmant que la Suisse et la Turquie ont intérêt à éviter l'escalade. Evidemment, nos relations actuelles sont plutôt tendues et je ne peux me prononcer sur leur évolution. Pour l'instant, je peux simplement vous confirmer que les Turcs coopèrent dans le cadre de l'affaire des otages. Notre priorité actuelle est d'ailleurs de les faire libérer le plus rapidement possible.

S'agissant du PKK, je prends note de votre souhait que je transmettrai aux instances compétentes.

(Zu Herrn Vollmer) Ich sehe keinen Zusammenhang zwischen der Türkeipolitik unseres Landes und der Geiselnahme. Die Politik, die wir im Rahmen der KSZE und des Europarates verfolgen, ebenso im Rahmen der bilateralen Beziehungen mit der Türkei, zeigt, dass wir zu den Ländern gehören, die auch die heiklen Fragen vor allem der Menschenrechte deutlich angesprochen haben, und zwar auch an Orten, an denen es nicht immer einfach war.

Die andere Frage, wie das Problem Kurdistan zu lösen sei, erfordert eine breitere Debatte. Unser Bericht zeigt hierzu die Möglichkeiten und Grenzen nicht nur eines Landes wie der Schweiz auf und müsste separat diskutiert werden.

(à M. Ziegler Jean:) Vous estimez qu'il y a une contradiction dans le fait que la Suisse développe ses relations économiques avec la Turquie et les violations des droits de l'homme dans ce pays. Je ne partage pas votre avis, car le meilleur moyen d'exercer une influence ou une certaine pression en faveur du respect des droits de l'homme en Turquie est précisément de développer nos relations. Ce n'est pas en rompant les ponts que nous parviendrons à améliorer l'esprit d'ouverture et de tolérance.

Vous avez indiqué que le PKK est un mouvement de libération. A ce propos, je dois tout de même souligner que ce n'est pas la qualification généralement admise par les pays d'Europe ou d'ailleurs. Il faut séparer la question politique relative au Kurdistan, mais on ne peut malgré tout pas présenter le PKK comme un mouvement de libération et laisser entendre que seule la Turquie viole les droits de l'homme. Selon nos informations, les Kurdes commettent également de graves violations des droits de l'homme vis-à-vis de la population civile de la région. Certes, il est difficile de savoir exactement qui fait quoi, mais il est erroné et équivoque d'affirmer que le PKK est un mouvement de libération et que la Turquie transgresse les droits de l'homme. Bien entendu - vous avez pu le lire dans notre rapport -, il y a longtemps que les autorités turques

auraient du s'orienter vers une solution décentralisée, vers l'autonomie culturelle, etc.

Vous avez affirmé que le temps joue contre nous, parce que les Turcs tueraient les otages en cas d'interception du groupe kurdes qui les détient. Ne pensez-vous pas qu'il serait inadéquat de la part du PKK de prétendre, en cas de mort des otages dans un accrochage entre Kurdes et Turcs, que la faute incombe aux Turcs? N'oubliez pas que ces personnes ont été prises en otage par les Kurdes. Si elles sont menacées actuellement dans cette région, ce n'est tout de même pas la faute des autorités suisses ou turques. Naturellement plus vite les otages seront libérés sans conditions, plus vite ils seront en sécurité. C'est notre objectif primordial.

(Zu Herrn Oehler) Die Angelegenheit mit Herrn Bühler war, wie Sie wissen, sehr delikat. Ein Vergleich mit ähnlich gelagerten Fällen zeigt jedoch, dass es der Schweiz viel rascher als anderen Ländern gelungen ist, jemanden aus dem Gefängnis herauszuholen, auch wenn es für diesen Mann eine lange Zeit gewesen sein muss.

Mit Herrn Barras, dem Vorgänger von Botschafter Ramseyer, stehen wir in Kontakt.

Ihre Bemerkungen zur PKK, die auf der gleichen Linie liegen wie diejenigen von Herrn Frey Walter, werden wir an das zuständige Departement weiterleiten.

(Zu Herrn Frey Walter) Die Schüsse aus der türkischen Botschaft waren eine unverhältnismässige Reaktion und sind auf das schärfste zu verurteilen. Aber es ist klar, dass sie in der zeitlichen Abfolge nicht am Anfang stehen.

(Zu Frau Bär) Punkt 5 unseres Berichtes handelt von den wirtschaftlichen Beziehungen mit der Türkei. Wir können in der Diskussion darauf näher eintreten. Die Vorwürfe gegen Herrn Maurer werden vom zuständigen BFF abgeklärt.

Unterbruch der Sitzung zwischen 12.45 und 14.00 Uhr

M. Ruffy: Dans cette discussion, il est important de souligner que la population kurde au sein de la Turquie souffre - comme d'ailleurs dans d'autres pays - en raison d'un système qu'on peut pratiquement qualifier de totalitaire à son égard.

Il faut se souvenir que c'est à Lausanne en 1923 qu'ont été annihilés tous les efforts kurdes qui avaient trouvé un certain écho à Versailles. Si la Suisse n'est pas intervenue dans le débat en 1923, c'est probablement aussi parce que des Suisses avaient des intérêts économiques évidents en Turquie. Les intérêts d'ordre économiques avaient donc déjà une très forte influence. Certes, notre rôle n'est pas de première importance dans l'évolution de la situation, mais il nous appartient également d'inciter les grandes puissances à réexaminer la situation, de manière à exercer une pression sur la Turquie. Quant on interdit à un peuple de parler sa langue, c'est une deuxième aliénation fondamentale. Certes, les Kurdes n'ont pas la possibilité d'exercer leurs pouvoirs politiques, mais plus encore, on leur interdit l'accès à leur culture par l'interdiction de la pratique de leur langue. Si nous voulons véritablement défendre les droits démocratiques, si on estime que l'on doit insister sur le principe de

subsidiarité, nous ne pouvons pas évacuer simplement le problème. Nous devons jouer un rôle plus important.

Moser: Der Bericht macht augenfällig, dass bei der Kurdenfrage und den damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen in der KSZE der politische Wille für Lösungen fehlt. Dasselbe lässt sich vom Europarat sagen, der eine Staatenklage offensichtlich nicht besonders fördert. Die Schlussfolgerung des Berichts geht in die falsche Richtung, wenn es dort heisst, dass es gelte, "mit den bestehenden Rezepten fortzufahren". Mit ihnen haben wir nichts erreicht. Überdies taugen sie so, wie sie dort auszugsweise beschrieben sind, nichts. Gerade wenn es darum geht, dass die Schweiz weiterhin "Entwicklungsprojekte in wirtschaftlich rückständigen Gebieten" fördert und finanziert, wären damit bestimmte Forderungen zu verbinden. Unsere diplomatischen Aktionen beziehungsweise Reaktionen müssen wesentlich härter sein. Wenn unsere Leute die Türkei verlassen müssen, dann hätten wir laut sagen sollen, dass Herr Toperi aus seinem Urlaub nicht mehr in die Schweiz zurückkehren dürfe. Zudem müsste man die PKK verbieten. Eine solche härtere Gangart verstehen diese Leute eher als das schöngeistige Denken, das entweder beim Bundesrat oder beim diplomatischen Korps vorherrscht.

Vollmer: In den letzten Monaten hat man sehr verschiedene Signale nicht nur von seiten der Diplomatie, sondern auch vom Vorsteher des Departementes gehört. Das Interesse an der Fortsetzung der guten Beziehungen zur Türkei steht in völligem Widerspruch zu den Schwierigkeiten, die wir bezüglich der Durchsetzung unserer Forderungen haben. Offenbar scheint man vor der realpolitischen Situation, für die eher das BAWI als das EDA verantwortlich ist, zu kapitulieren.

(Zu Herrn Moser) Ein Verbot der PKK bedeutet keineswegs eine härtere Gangart gegenüber der Türkei, sondern ein Kniefall vor der türkischen Politik und dem heutigen Staatsterror in Kurdistan. Für einmal bin ich froh, wenn sich die Diplomatie in überlegteren Worten äussert als in einigen, hier zum Ausdruck gekommenen Voten.

Mme Aubry: Un gouvernement ne négocie pas avec des terroristes. Le maintien de cette position est capital pour la Suisse. Or, le PKK - le rapport confidentiel sur le Kurdistan est clair à ce propos - est un mouvement terroriste. Le Conseil fédéral est tout à fait au courant des activités du PKK en Suisse. On sait même que son siège se trouve à Bâle-Ville. D'autre part, M. Ziegler a affirmé que le PKK dispose d'une armée et donc d'organes de pression qui font du racket sur les Turcs et les Kurdes. J'ai personnellement eu l'occasion d'entendre des Turcs me faire part de leurs craintes et du racket auquel ils sont soumis. Certains Kurdes m'ont même affirmé qu'il devaient s'inscrire au PKK pour pouvoir poursuivre leurs activités professionnelles en Suisse. Notre pays accepte-t-il n'importe qui et n'importe quoi? Je m'insurge contre cette situation.

Dans le rapport du Conseil fédéral on constate que ni le Conseil de l'Europe, ni la CSCE n'ont pu intervenir contre le PKK. Ces organisations n'ont peut-être même pas eu le

courage de le faire. Alors Monsieur le secrétaire d'Etat, puisqu'on connaît les représentants en Suisse du PKK - certains sont venus au Palais fédéral pour rencontrer des collègues - pourquoi les tolère-t-on encore? Durant mes vacances je n'ai jamais reçu autant de lettres de bons Suisses, pas si âgés qu'on le croit, qui se plaignent des manifestations des étrangers sur la place fédérale à Berne. Ils se plaignent du PKK qui se manifeste partout: à la télévision, dans les journaux, à la radio, etc. On se demande si cela va continuer. Il dispose d'appuis certains dans quelques milieux suisses, mais la situation actuelle ne peut pas perdurer.

La Suisse pourrait appuyer la Communauté européenne, l'AELE ou d'autres pays qui pourraient intervenir auprès de l'ONU. Il faut essayer de faire un pas. Actuellement, tout le monde vit sous la peur, notamment économique. La Turquie est un très bon client, nous devons donc la ménager. D'autres ont peur du PKK, des Kurdes. Il faut donc absolument trouver une solution. Un Kurdistan autonome et indépendant n'est pas pour demain, mais l'amorce d'une discussion serait souhaitable.

Steffen: Aus dem eindrucksvollen Bericht nimmt man zur Kenntnis, dass niemand etwas tun will. Weder die KSZE noch der Europarat sind bereit, die Sache an die Hand zu nehmen. Wir machen zwar in diesen Institutionen mit, werden aber gerade dadurch in unserer Handlungsweise gebunden. Allerdings ist es nicht an uns, das langjährige Problem der Kurden zu lösen. Es wäre Angelegenheit der UNO, endlich die vier involvierten Staaten an einen Tisch zu bringen. Aus dem Bericht geht freilich hervor, dass auch die UNO nicht will und nicht kann. Wir alle möchten gerne handeln, aber im Prinzip ist dieses Handeln stark beschränkt.

Frau Bär (zu Herrn Kellenberger): Zu den Vorwürfen gegen Herrn Maurer hat das EDA durch seinen Pressesprecher in den Medien zum Teil zwar Auskunft gegeben, aber dies ungenügend. Es hat alles dementiert, was über die Rolle von Herrn Maurer gesagt wurde. Dagegen hat Herr Kählin, Professor für Völkerrecht an der Universität Bern, von der Tätigkeit des Herrn Maurer gesagt, sie bewege sich völkerrechtlich in einer "Grauzone". Deshalb sollten Sie uns noch mehr Informationen hierzu geben. Das Problem gehört zu unserer Türkei- und Kurdenpolitik und muss im Zusammenhang mit der Flüchtlings- und Asylfrage abgeklärt werden.

Frau Grendelmeier: Der sehr übersichtliche Bericht macht die Ohnmacht der Diplomatie deutlich. Trotzdem müssen wir entscheiden, wo wir bei aller wirtschaftlichen Rücksichtnahme unsere Schwerpunkte setzen. Warnungen vor der Unterstützung einer terroristischen Gruppierung wie der PKK reichen nicht, zumal wir wissen, dass sich niemand sonst für die Rechte der Kurden wehrt und dass diese Rechte von der Türkei missachtet werden. Die zeitliche Nähe der Entführungen zu unseren diplomatischen Schwierigkeiten mit der Türkei ist ein unglücklicher Zufall. Hier sollte der Bundesrat darin bestärkt werden, auf der Seite der Schwächeren zu stehen. Dann würde ich gern mehr zur Rolle von Herrn Maurer hören.

Präsident: Es ist eine tragische Geschichte, dass das kurdische Volk auf vier Länder verteilt ist. Einmal mehr sagt die blanke militärische Macht, wo Gerechtigkeit sei und wie sie definiert werde. Wenn der türkische Staat den Kurden nicht einmal erlaubt, ihre eigene Sprache zu sprechen, dann muss das in den Ohren von jedem, gleichgültig, wo er politisch steht, wie Hohn und Spott tönen. Mir als Föderalist ist es unverständlich, dass man nicht zumindest eine gewisse regionale Autonomie zulässt. Dies würde den türkischen Staat sicher nicht zerstören. Aber ich sehe auch, dass das Kurdistanproblem nicht gelöst werden kann, ohne dass alle beteiligten Staaten zusammensitzen und dass eben dies niemanden interessiert. Unsere Mittel sind hier sehr limitiert wie überhaupt die schweizerische Aussenpolitik, sobald sie die eigenen Interessen überschreitet. Unser Land ist in diesem Sinne ein Kleinstaat. Selbst der Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen würde nicht weit reichen. Gleiches gilt sogar für die diplomatischen Beziehungen. Aber solange wir die Türkei als einen Partner ansehen, mit dem man im Gespräch bleibt, haben wir wohl die grösseren Chancen, hier langfristig etwas zu bewegen.

Treibt man die Analyse weiter, muss man einräumen, dass die Türkei eine demokratisch gewählte Regierung hat. Wir können nicht so weit gehen zu sagen, in Ankara sei man nicht legitimiert, die Innenpolitik zu bestimmen.

Eine langfristige Dimension beschäftigt mich. Was wird in zwanzig oder dreissig Jahren sein, wenn eine islamisch-fundamentalistische Regierung in Ankara an die Macht kommen sollte? Werden dann die Kurden im östlichen Anatolien freundlicher behandelt werden? Ich befürchte das Gegenteil. Das soll die heutige Regierung in der Türkei keineswegs entschuldigen. Aber die politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Elite dort ist prowestlich ausgerichtet. An der Basis hingegen haben die islamischen Fundamentalisten Zulauf und werden täglich stärker. Auch im nächsten Jahrhundert wäre mir eine etwa so wie heute ausgerichtete Türkei selbst mit ihren schlechten Seiten lieber als eine islamisch-fundamentalistisch ausgerichtete Türkei. Wir erreichen also nichts, wenn wir gegen die Türkei volle Front machen. Wir würden unseren Handlungsspielraum auf null reduzieren und wären ihr gegenüber nicht einmal gesprächsfähig. Diesen Spielraum müssen wir nutzen und mit den Türken im Rahmen der KSZE und des Europarates, auch im Rahmen der Wiener Konventionen die Probleme aufräumen. Es geht nicht an, dass aus Diplomatenhand Menschen erschossen werden und dass dies auch noch geschützt wird. Dieses Problem ist ein allgemeines und geht weit über die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Türkei hinaus.

Ebenso muss man der PKK sagen, dass eine Befreiungsorganisation sich auf dem Irrweg befindet, wenn sie beginnt, Geiseln zu nehmen. Als die Basken, die Iren usw. fast ins Terroristische abgeglitten sind, haben sie im Volk an Unterstützung verloren. Die PKK muss wissen, dass die Kurden an Sympathien verlieren, wenn sie so weiterfährt.

M. Ruffy: Dans la conjoncture actuelle, je ne peux m'empêcher de rappeler à ceux qui déclarent que le PKK est

une organisation terroriste - affirmation vraisemblablement justifiée - que l'OLP était aussi une organisation terroriste qui, aujourd'hui, est reconnue par Israël. Nous devons être conscients - je suis les prises de position des mouvements kurdes depuis 4 ou 5 ans - du fait que la situation se radicalise très fortement. Il est évident qu'une nouvelle guerre civile éclatera en Turquie si, dans les mois qui suivent, nous ne parvenons pas à trouver un moyen d'inciter les différentes parties au dialogue. Notre président a affirmé à juste titre que l'Occident a tendance à être d'une complaisance partiellement explicable. Certes, la Turquie est le rempart contre le fondamentalisme, mais si elle devait être attaquée intérieurement par les mouvements kurdes qui sont en train de s'organiser fortement à l'extérieur, elle sera sensiblement affaiblie. Dans un tel contexte, l'avance du fondamentalisme risquerait d'être redoutable. Par conséquent, même en terme de géostratégie, l'Occident a intérêt à amener les parties à discuter.

Kellenberger: (à M. Ruffy) Lorsque vous affirmez que nous sommes des fédéralistes et que de ce fait nous sommes bien placés pour comprendre le besoin d'autonomie et de décentralisation des Kurdes, je partage votre avis. Mais, j'espère, à la lecture de la note que nous vous avons présentée, qu'un élément parmi d'autres a attiré votre attention. Lorsqu'on examine le fonctionnement et les compétences des organes desquels nous sommes membres et que l'on considère les règles qui y prévalent, nous devons prendre conscience de la faiblesse de nos possibilités d'intervention. Ce n'est pas une remarque défaitiste. Il est important de relever les limites d'actions d'institutions telles que la CSCE ou le Conseil de l'Europe. Regardons encore précisément les règles et les majorités nécessaires pour aboutir à quelque chose. Personne ne peut imposer de l'extérieur aux autorités turques la manière d'agir. D'ailleurs, très peu d'Etats seraient prêts à l'envisager, compte tenu de la position stratégique occupée par la Turquie.

En conclusion, si on veut véritablement favoriser une réflexion et des actions turques allant dans le sens de la décentralisation ou de la reconnaissance de l'autonomie culturelle par exemple, il n'y a pas d'autre alternative que d'essayer d'utiliser les organes de dialogue existants. Couper les ponts serait pire.

(Zu Herrn Moser) Es ist nicht unbedingt der politische Wille, der in der KSZE und im Europarat fehlt, es fehlen dort vor allem Mehrheiten, um zu konkreten Aktionen zu kommen. Dies sagt einiges aus über die Haltungen der verschiedenen Länder.

(Zu Herrn Vollmer) Aussenpolitik ist Interessenpolitik. Ist es wirklich ein Widerspruch, wenn man versucht, gute Beziehungen zu einem Land zu unterhalten, und gleichzeitig - auch im bilateralen Gespräch - offen das kritisiert, was einem an diesem Land missfällt? Das Ziel ist doch, in dem Masse, in dem man es kann, auf das Denken dort Einfluss zu nehmen. Ein Abbruch der Kontakte oder andere Verschlechterungen der Beziehungen schalten uns als Dialogpartner endgültig aus. In türkischen Regierungskreisen

besteht ohnehin nicht der Eindruck, wir seien ausgesprochene Sympathisanten der Türkei.

(à Mme Aubry) La Suisse ne peut pas envisager de soumettre la question du Kurdistan à l'ONU. Tout d'abord, je souligne que le problème posé par le Kurdistan implique d'autres pays en plus de la Turquie. Ensuite, la Suisse n'est pas membre de l'ONU et ne peut donc agir dans cette organisation. Finalement, le résultat d'une action à l'ONU dépend d'une décision claire du Conseil de sécurité. Or, je connais plusieurs membres de celui-ci qui n'agiraient pas contre la Turquie ni n'affaibliraient sensiblement sa position. Il est tout de même intéressant de noter que, jusqu'à présent, personne n'a saisi l'ONU. Compte tenu de la composition actuelle du Conseil de sécurité, je ne crois pas à la possibilité d'envisager une suite concrète à une action contre la Turquie. N'oublions pas que cet Etat est considéré comme fondamental dans la politique de sécurité de beaucoup de pays, surtout occidentaux.

En ce qui concerne le fait de tolérer des personnes dans notre pays dont on sait pertinemment qu'elles ne disposent même pas de permis de séjour, je contacterai les services compétents avant de vous fournir une réponse.

(Zu Herrn Steffen) Selbst wenn man im KSZE und im Europarat das Maximum herausgeholt und wenn zum Beispiel eine Berichterstattemission klar festgestellt hat, welche Rechte wie verletzt werden, kann man keine Sanktionen ergreifen. Das Äusserste wäre eine Suspendierung beispielsweise der Türkei; jedoch müssten 52 Staaten dafür stimmen. Die Chancen hierzu sind nicht gross. Aber unsere Mitarbeit in diesen Organisationen bedeutet nicht, dass wir damit gebunden wären und somit unseren bilateralen Handlungsspielraum einengen würden. Mit unseren Aktivitäten gehen wir keine einschränkenden Verpflichtungen ein.

(Zu Frau Bär und Frau Grendelmeier) Unsere Rücksprache mit dem BFF hat ergeben, dass im Zusammenhang mit den Vorwürfen gegen Herrn Maurer von Spionage keine Rede sein könne. Ebenso ist es falsch, dass es eine Zusammenarbeit mit dem türkischen Staatsschutz gebe. Richtig ist natürlich, dass der Mitarbeiter des BFF dort verschiedenste Kontakte unterhalten muss, um an Informationen zu gelangen. Wenn Sie mehr Details wollen, sollte sie das BFF hier direkt geben, wofür ich gerne sorgen werde.

Moser: Um mein Votum zu präzisieren: Wo unsere Leute aus der Botschaft verwiesen werden, müssen wir mit derselben Härte antworten.

Die PKK sollte man verbieten.

Man sollte die Entwicklungshilfe und ähnliches mit bestimmten Auflagen oder Forderungen verbinden.

Kellenberger: Diese Massnahmen beziehen sich weniger auf die allgemeine Problematik, wie sie in unserem Bericht dargestellt ist, als vielmehr auf die konkreten Fälle. Der Bundesrat hat auf die türkische Aufforderung, wir sollten unsere drei Diplomaten zurückziehen, unmissverständlich reagiert. Dass der türkische Botschafter noch einmal zurück nach Bern kommt, steht nicht zur Diskussion. Hier sehe ich keinen Handlungsbedarf mehr. Wäre er zurückgekommen, so wäre er nach Ablauf der gesetzten Frist zur Persona non grata erklärt worden.

Im übrigen wäre es nicht optimal, wenn unsere Politik dazu führen würde, dass schliesslich gerade jetzt, während noch Geiseln in der Hand der PKK sind, niemand mehr in Ankara unsere Interessen vertreten könnte. Der Kontakt und die Zusammenarbeit mit den türkischen Behörden sind hier ganz zentral, und dafür müssen wir Leute am Ort haben.

Präsident: Eine Stellungnahme der APK gegenüber dem Bundesrat scheint mir weniger sinnvoll als die Bitte an Herrn Kellenberger, Herrn Bundesrat Cotti die Stimmung und die geteilten Meinungen hier mitzugeben.

Wyss Paul: Nicht nur die PKK, sondern auch andere Organisationen arbeiten in der Schweiz subversiv. Man müsste ihnen allen deutlich sagen, dass dies hier nicht erwünscht ist. Bei einem Verbot würden sie noch weiter in den Untergrund gehen, und wir hätten kaum Möglichkeiten mehr zu sehen, was sie tun. Zum Beispiel versucht man in Basel, klar einzuschränken, was sie dort tun dürfen und was nicht.

M. Tschopp: La situation a été modifiée par la prise d'otages. J'estime qu'il serait vraiment étrange que nous n'adressions aucun message au PKK. Comme M. Kellenberger nous a indiqué qu'il allait discuter avec les offices compétents des mesures de rétention, notre commission devrait éventuellement transmettre un message très clair au PKK indiquant que nous le tenons pour responsable de la prise d'otages. En effet, avant de lire prochainement dans la presse que douze membres du PKK ont été expulsés de notre pays - ce qui me semble être le nombre adéquat -, il serait préférable de donner un avertissement. J'imagine que le PKK connaît aussi des problèmes et qu'il n'a pas un parfait contrôle du déroulement des événements sur place. C'est pourquoi un communiqué de la part de notre commission du style "à bon entendeur salut!" pourrait avoir des effets.

M. Eggly: Je ne partage pas l'avis de M. Tschopp. Comme nous sommes précisément un Etat, l'expression d'une démocratie, nous devons avoir une ligne directrice. Nous devons donc agir en nous référant à certains principes. Par conséquent, en tant que parlementaire, nous devons disposer d'une étude sur le PKK et, indépendamment de cette prise d'otages, si celui-ci devait apparaître comme une organisation de racket, de chantage et de pression, on l'interdit. On l'interdirait alors sur la base des mêmes critères qui nous amèneraient à agir de cette manière vis-à-vis d'autres manifestations ou organisations (par exemple d'extrême droite). Nous ne devons pas donner l'impression que nous entrons dans une dialectique de marchandage. Soit nous interdisons le PKK, soit nous maintenons le statu quo. Il serait tout à fait inadéquat d'expulser douze de ses membres!

Mme Aubry: Je partage l'avis de M. Tschopp. Toutefois, j'estime qu'il serait préférable de ne pas fixer le nombre d'expulsions. La commission doit simplement protester et monter son mécontentement au PKK qui détient pour l'instant

des otages. Notre commission n'a pas à menacer le PKK - ce n'est pas son travail -, mais elle doit exprimer le fait qu'elle ne peut accepter le chantage avec des otages pour se faire reconnaître.

Au cours du mois de juillet, j'ai lu un excellent article dans la NZZ concernant la situation entre le PKK, les Kurdes et les Turcs. Il m'a frappé, car son auteur n'a pas osé signer par peur des représailles. Une telle attitude est très significative du contexte actuel. Il y a quelque chose qui ne tourne pas rond chez nous!

M. Rebeaud: Le Conseil fédéral et l'autorité exécutive accomplissent un travail très délicat dans cet affaire. Dans l'opinion publique tout le monde ne fait pas la distinction entre le PKK et les Kurdes, car dans cette affaire le PKK s'exprime au nom du peuple kurde - certainement de manière abusive. Par conséquent, la seule chose sur laquelle nous pouvons trouver un accord au sein de cette commission dans cette affaire, c'est que l'ordre constitutionnel et légal dans notre pays doit être respecté par tout le monde, y compris par les membres du PKK. En revanche, faire un amalgame entre ce qui se passe en Anatolie, le destin des citoyens suisses qui ont été impliqués là-bas dans des problèmes politiques qui les dépassent complètement et le respect du droit dans notre pays donnera lieu à des malentendus que je ne suis pas d'accord d'assumer en tant que membre de la Commission de politique extérieure. Dans le cas particulier, le silence est d'or. Je vous propose de vous rallier à la prudence de M. Eggly.

Präsident: Wir werden wie üblich im Kommuniké erwähnen, dass wir uns mit dieser Sache eingehend beschäftigt haben. Bei Nachfragen lauten unsere Antworten: Wir wollen keinen Stellvertreterkrieg hier. Wir fordern die Geiselnahme zur sofortigen Freilassung der Geiseln auf und unterstützen die Bemühungen des Bundesrates.

Vollmer: Es wäre gut, dies als APK zu beschliessen: Wir unterstützen den Bundesrat in seinen Bemühungen und appellieren an die Geiselnahme, die Geiseln raschmöglichst freizulassen.

Das Prozedere dieser Freilassung zu diskutieren, kann nicht unsere Aufgabe sein.

M. Tschopp: Je me rallie à la proposition de M. Vollmer. Cependant, n'oublions pas que nous sommes impliqués depuis le mois de juillet, d'autant que nous avons reçu officieusement des représentants du PKK. Je ne suis plus suffisamment naïf pour ne pas croire à une liaison entre les événements actuels et cet élément. Bien entendu, il ne s'agit pas de discuter maintenant des détails de l'expulsion, mais en tant que député genevois je suis très sensible aux prises d'otages quelles qu'elles soient. Puisque nous avons une relation avec des représentants du PKK, nous devons au moins adresser un signe, car celui du gouvernement est trop général.

M. Ziegler Jean: Le communiqué de presse devrait exprimer notre compréhension et notre soutien aux familles des otages.

En ce qui concerne les méthodes de travail de notre commission, il faudrait trouver le moyen d'imposer le secret des délibérations afin que nous puissions disposer d'un tableau réaliste des négociations relatives à ce genre d'affaire. Prétendre qu'on discute uniquement avec le gouvernement turc et qu'on n'a aucun rapport avec le PKK n'a aucun sens. Ce type de discussion est tout à fait sans intérêt.

Mme Aubry: Les familles des otages ne sont pas délaissées. Plusieurs fois par jour des personnes du département les contactent afin de les informer de l'évolution de la situation. La télévision a prétendu à tort que l'administration et les responsables politiques se désintéressaient des familles. Il ne faut pas encore mêler ces dernières à une déclaration de la commission.

Präsident schliesst die Diskussion und stellt den Antrag, dass im Kommuniké folgendes festgehalten wird: Die Kommission hat sich mit der Problematik intensiv beschäftigt. Sie fordert die Geiselnahmer auf, die Geiseln unverzüglich freizulassen und unterstützt die Bemühungen des Bundesrates in dieser Angelegenheit.

Die **Kommission** ist einverstanden.

3.2. Die Lage im ehemaligen Jugoslawien La situation dans l'ancienne Yougoslavie

Kellenberger: Die bosnischen Serben haben akzeptiert, was bezüglich der Grenzen und Verfassungsprinzipien der jetzt sogenannten Union der Republiken von Bosnien-Herzegowina in Genf ausgehandelt wurde. Das muslimische Parlament hat den Plan weder angenommen noch abgelehnt und verlangt zusätzliche Verhandlungen über die Grenzen und Verfassungsprinzipien. Die Haltung der bosnischen Kroaten ist mir nicht völlig klar. Jedenfalls gehen die Verhandlungen über diese beiden Punkte heute weiter.

Mühlemann: Zur Friedensschliessung können wir eindeutig wenig beitragen. Der Konflikt hat eine lange Geschichte. Trotzdem ist es erstaunlich, wie es einem Aggressor gelungen ist, einen Teil seiner Grossmachtpläne, die er 1986 entwickelt hat, zu verwirklichen. Daran sind viele schuld. Auch viele kroatische Persönlichkeiten, mit denen ich gesprochen habe, bekennen sich schuldig, weil sie 1988 teilnahmslos zusahen, wie Serbien in Kosovo-Albanien mit seinen 90 Prozent Albanern die gesamte Kaderorganisation dort mit Folter und Gefängnis ausgelöscht hat. Danach kam der Angriff auf Slowenien und Kroatien, wobei Milosevic und seine Clique einmal zurückgesteckt hat, nämlich nach dem brutalen Angriff auf Vukovar und Dugonik, als die EG sich einmal ermahnte, etwas zu tun. Dem folgte aber der Krieg in Bosnien mit dem Ergebnis, dass die Serben 52 Prozent des Terrains erhalten werden, nachdem sie vorher 39 Prozent innehatten. Die Kroaten bleiben bei ihren 17 Prozent, und den Muslimen verbleiben von ihren 44 Prozent noch 31 Prozent. Also 13 Prozent Land hat der Aggressor gewonnen und dazu Tausende von Menschen verschleppt, geschändet und getötet. Dieses grauenhafte Endergebnis muss man offenbar hinnehmen, weil die militärischen Fakten so sind. Wenigstens müssen wir einmal für alle Zeiten festhalten: Der Aggressor heisst Serbien. Die Hauptopfer sind die Muslime. Den unglückseligen Kroaten ist zu sagen, dass sie natürlich auch ein Teil der Opfer sind. Sie haben eine ungeschickte Art sich darzustellen. Wenn ihr Präsident jede Pressekonferenz zu einer militärischen Kommandoausgabe ohne jede Kommunikation mit den Journalisten macht, dann muss er sich nicht wundern, wenn er an die Zeit des Zweiten Weltkrieges erinnert wird. Aber Tatsache ist, dass die Kroaten zu aggressiven Aktionen nicht in der Lage sind. Ihnen fehlen die Waffen, und selbst dort, wo ein Bürgerkrieg zwischen Kroaten und Muslimen heraufbeschworen wurde wie in Mostar, sind die Zustände grotesk. Man kann einen toten Muslim finden, der aus dem Ostteil von Mostar den Westteil der Stadt angegriffen hat, wo sich seine Familie befindet und von den Kroaten unterhalten wird. Das EDA muss nun einige Erfolge aufweisen können, was in der Angelegenheit mit der Türkei kaum mehr möglich ist. Aber im ehemaligen Jugoslawien können wir Flüchtlingshilfe vor Ort leisten. Nirgends geht es so gut wie dort, weder auf Sri Lanka noch in Anatolien. Die vertriebenen Muslime, Serben oder Kroaten wollen nicht zu uns, sondern in der Nähe ihrer Dörfer bleiben und sofort nach Friedensschluss zurückkehren, um sie aufzubauen. Zwei Drittel der bosnischen Dörfer sind zerstört. Hier möchte ich Herrn

Raedersdorf danken. Was er und sein SKH mit den lediglich 11.4 Millionen Franken getan hat, ist mustergültig. In Schablina hat man nicht nur Häuser aufgebaut, sondern Kindergärten, Schulen und Flüchtlingsheime eingerichtet und die Apotheke und die Wasserversorgung wieder hergestellt. Und doch ist es zu wenig. Hunderte von Bürgermeistern möchten eine solche Unterstützung. Warum streiten wir uns hier weiterhin über die Aufnahme von Asylbewerbern, wenn wir vor Ort helfen könnten, so dass die Menschen mit Ausnahme von Schwerverletzten gar nicht zu uns kommen müssten? Deshalb dürfen wir die Mittel für Herrn Raedersdorf nicht kürzen. Unsere Diplomaten hätten in diesem ganzen Gebiet eine wirksame, friedensfördernde Aufgabe. Die Grenzen innerhalb von Ex-Jugoslawien sind heute so hermetisch abgesperrt wie die zwischen Deutschland und der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges. Wer in Tirana, in Zagreb oder in Athen Botschafter ist, hat Einfluss auf bestimmte Gebiete. Die Verbindung mit einem Geschäftsträger in Belgrad müsste intensiver sein. Ich bin enttäuscht darüber, dass Zagreb erstens personell sehr schwach dotiert ist und dass zweitens die dort Anwesenden keinerlei Interesse haben, irgendwelche Orte ausserhalb ihrer Administration zu besuchen. Unsere Diplomaten müssen hier mehr tun. Wir müssen wieder zu den Zeiten zurückkehren, in denen unsere Guten Dienste aktiv ausgeübt wurden. Dann haben wir Chancen, zwar nicht auf der hohen Bühne in Genf, aber vor Ort einiges zu bewegen.

Frau Segmüller: Was bedeutet es, dass über die Lager und die Vergewaltigungen nichts mehr zu hören ist? Abgesehen vom beinahe missbräuchlichen Medienrummel bei der Evakuierung von Kindern: Wie sieht hier die mittelfristige Politik der Schweiz aus? Wie gestaltet sich die Durchführung der humanitären Arbeit, wenn UNO-Truppen behindert und von Belagerten fast als Geiseln zurückgehalten werden?

M. Ruffy: Le Conseil fédéral a-t-il examiné une prise de position de la Suisse vis-à-vis de l'éventuelle décision d'intervention en ex-Yougoslavie de l'Otan présentée publiquement par Manfred Woerner?

Kellenberger: Wir teilen die Auffassung, dass die Serben die Hauptverantwortlichen an diesem Geschehen sind und haben dies auch immer gesagt. Allerdings haben wir uns geweigert, ihnen die ausschliessliche Verantwortung anzulasten. Zum Beispiel im Bereich der Menschenrechtsverletzungen wäre dies zu einfach. In der Jugoslawien-Politik haben wir eine klare Strategie verfolgt. Es gibt Dinge, die wir aus innenpolitischen und aus rechtlichen Gründen nicht machen können. Wir konnten nicht wie die Niederlande, wie Belgien, Spanien, Frankreich und England substanzielle Beiträge zu den friedenserhaltenden Massnahmen leisten. Uns fehlt die Rechtsgrundlage, um Blauhelme zu schicken. Deshalb haben wir Schwerpunkte dort gesetzt, wo wir etwas tun können, und leisten einen überdurchschnittlichen Beitrag zur humanitären Hilfe vor Ort. Man kann hier Herrn Raedersdorfs Arbeit nicht hoch genug schätzen.

Ein anderer Schwerpunkt liegt im Bereich der Linderung von Not, zum Beispiel in der relativ grosszügigen Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen.

Als wir von den Vergewaltigungen und anderen Verbrechen erfuhren, hat das EDA den Plan eines Ad-hoc-Kriegsgerichts für Menschenrechtsverbrechen vorangetrieben. Nun kandidiert ein Schweizer für ein Richteramt dort.

Diplomatisch ist unser Spielraum dadurch eingeschränkt, dass wir nicht an allen in Frage kommenden Organisationen und Konferenzen beteiligt sind. In der KSZE waren wir eine der treibenden Kräfte, die auf eine grössere Aktivität drängten. Zur Jugoslawien-Konferenz waren wir nicht eingeladen und haben um unsere Teilnahme daran gekämpft. Wir haben nun einen Diplomaten in der wichtigsten und heikelsten Verhandlungsgruppe, in der es um Probleme von Minderheiten und Nationalitäten geht. Gerade hier haben wir Erfahrung und wollen sie als eine unserer Stärken nutzvoll einbringen.

Die Personalbestände unserer Vertretungen in Zagreb und Belgrad sind bekannt. Und das EDA steht in der derzeitigen Finanzlage vor der Herausforderung, sein Personal einzuschränken, wobei die Kürzungen wahrscheinlich an den Aussenposten vorgenommen werden müssen. Gerade in Zagreb waren wir gezwungen, aus familiären Gründen den Botschafter auszuwechseln. Wir haben einen sehr guten Geschäftsträger dorthin geschickt. Unsere Botschaft in Belgrad hat immerhin zwei Diplomaten. Wir finanzieren zum Teil Projekte mit, die Forschungen und Arbeiten zugunsten derjenigen Kreise unterstützen, die in Serbien andere Verhältnisse herstellen möchten. Überhaupt situieren sich gewisse Projekte im Rahmen von friedensfördernden Bemühungen.

Auch nachdem die Verbrechen in den Lagern nicht mehr die hiesigen Schlagzeilen ausmachten, haben wir auf der diplomatischen Ebene weiter darauf gedrängt, Informationen und Material darüber zu sammeln, und zwar mit Hinblick auf das geplante Ad-hoc-Kriegsgericht. Eins seiner wichtigsten Ziele muss seine präventive Wirkung sein.

(à M. Ruffy) Le processus de décision n'est pas tout à fait achevé. Il faut encore le feu vert du secrétaire général de l'ONU et - selon les Belges - formaliser la décision au sein du Comité de l'Otan. Il n'était donc pas nécessaire de prendre position.

Raedersdorf: Ich kann Ihr Kompliment nicht nur an meine Mitarbeiter, die es verdient haben, weiterleiten, sondern auch Ihnen zurückgeben. Sie haben uns ermöglicht, mit 1.05 Milliarden Franken für die laufenden Jahre unseren Auftrag zu erfüllen, und für 1992 und 1993 wurde die humanitäre Hilfe im Budget nicht gekürzt.

Für die Ereignisse bis Ende dieses Jahres gibt es nur die drei Szenarien: Entweder geht es weiter wie bisher, wobei man viel Mühe hat, in das Kriegsgebiet hineinzukommen. Wir sind in Mostar und in Tuzla, aber tiefer hinein können wir nicht.

Zweites Szenarium: Die Friedensverhandlungen führen zum Erfolg. Dann werden enorme Anstrengungen für den Wiederaufbau nötig sein.

Drittes Szenarium: Der Krieg wird noch verstärkt.

Auch hier werden wir nicht darum herumkommen, einen zweiten Nachtragskredit 1993 zu verlangen. Es wird sich um 10 bis

15 Millionen Franken handeln, wenn der Frieden nicht kommt. Im anderen Fall werden wir enorme Mittel investieren müssen.

UNICEF und HCR versuchen, sich der Opfer der Vergewaltigungen anzunehmen. Es ist schwierig, an diese Frauen heranzukommen und sie dazu zu bewegen, als Zeuginnen aufzutreten. Trotzdem wurde es dem UNICEF möglich, zwei Lager aufzubauen. Wir unterstützen UNICEF und HCR finanziell für diese Aufgabe. Frauen, die sich melden, werden nach wie vor betreut.

Wegen der 41 Kinder, die zu einem abstossenden Medienspektakel missbraucht wurden, waren wir einige Tage zuvor mit dem BFF in Kontakt und bereit, den Transport sicherzustellen. Wir hatten dies bereits mit dem HCR abgesprochen. Leider ist dann eine HCR-Sprecherin etwas schnell an die Presse gelangt. Trotzdem ist jedes schwerverletzte Kind, das man herausholen kann, dies wert. Das BFF arbeitet, wie mit uns abgesprochen, mit OEM zusammen. Sobald der Frieden kommt, werden solche Aktionen en masse stattfinden müssen.

Im Moment können wir mit unseren Fahrzeugen, die als SKH gekennzeichnet sind, nicht nach Mostar hineinfahren. Trotzdem kann man den Kontakt mit den Behörden aufrecht erhalten. Zwei unserer Projekte wurden erneut beschädigt, eins davon ganz zerstört. Solche Behinderungen lassen sich leider nicht umgehen und werden sich immer wieder ereignen. Die humanitäre Hilfe wird dadurch einmal mehr zum Spielball der Politik wie jetzt bei dem in Mostar blockierten Konvoi.

Mühlemann: (Zu Herrn Kellenberger) Mein Votum war eine Ermunterung. Im Konflikt mit der Türkei sage ich voraus, dass es keine Erfolge geben wird. Hier dagegen können Sie Erfolge melden und sollten das auch tun. Man weiss zu wenig von der Tätigkeit des SKH. Mit 11.5 Millionen Franken wurde Erstaunliches getan. Dort noch mehr zu gewähren, wären keine Ausgaben, sondern Investitionen. Ein Flüchtling dort kostet uns siebenmal weniger als hier. Die meisten wollen auch gar nicht herkommen. Die Hilfe vor Ort muss durchgesetzt werden.

Im übrigen war es in Kroatien möglich, mit dem Ministerpräsidenten zu sprechen, mit allen Parteichefs, dem Kardinal, das UNO-Hauptquartier zu besuchen - lauter Gelegenheiten, die einem Schweizer Diplomaten sonst nicht so einfach zufallen. Trotzdem wollte nie einer mitkommen. Ein anderes Beispiel: Die Parteienhilfe-Ost hat in Bulgarien ein Seminar durchgeführt, das von allen bulgarischen Teilnehmern als positiv beurteilt wurde. Nur unser Botschafter in Sofia hat darüber einen verheerenden Bericht abgeliefert. Vielleicht wird das nächste Seminar in Albanien abgesetzt werden, weil ein Botschafter dort falsch reagiert. Ich fühle eben nicht bei allen dieses feu sacré, das in der heutigen Umbruchszeit vorhanden sein muss.

Präsident: Sicher sind die grosse Mehrheit sehr gute Diplomaten und Aussendienstmitarbeiter. Aber es gibt auch andere. Es ist sinnvoll, wenn dies die Spitze der Diplomatie vernimmt.

Raedersdorf: Die Projekte, die das SKH selber durchführt, belaufen sich auf rund 12 Millionen Franken. Die gesamte

humanitäre Hilfe hat seit Ausbruch des Konflikts vor zwei Jahren bereits 75 Millionen Franken investieren müssen. Im Moment haben wir noch 4 Millionen Franken, weshalb ich einen Nachtragskredit ankündigen musste. Jene 63 Millionen Franken wurden über die internationalen Organisationen und über die schweizerischen Hilfswerke eingebracht, mit Nahrungsmitteln, finanzieller Unterstützung. Das IKRK ist zum Beispiel sehr aktiv; HCR, OEM, Ex-Charitas usw. sind es auch.

M. Ziegler Jean: A l'occasion de précédents exposés, nous avons eu l'impression que le DFAE participait très activement à la création d'un tribunal international pour crimes de guerre. Ces derniers jours, à la lecture des journaux nous apprenons que le candidat suisse à ce tribunal est un procureur militaire, le pire s'agissant des objecteurs de conscience. M. Barras est certainement un juriste local très compétent mais, lorsqu'on dispose en Suisse de professeurs de droit familiariser avec la problématique des crimes de guerre et des violations de droits de l'homme, je suis étonné de ce choix. La candidature Barras a-t-elle été présentée par le Conseil fédéral ou est-elle individuelle? Quels sont les rapports actuels du département avec ce tribunal? Peut-on changer cette candidature?

Oehler: Mit Blick auf die Innenpolitik ist es sehr wichtig, auf die Erfolge des EDA hinzuweisen. Die Einstellung eines neuen jugoslawischen Mitarbeiters zum Beispiel löst derzeit in den Betrieben erhebliche Probleme aus. In einem Fall wurde sogar dagegen rebelliert. Die Leute sollten zuhause ihr Land in Ordnung bringen, statt bei uns zu arbeiten, heisst es. Daher sollten Tätigkeiten des SKH und Ergebnisse unserer humanitären Hilfe der Bevölkerung laufend dargelegt werden. Bei den kommenden Sparmassnahmen genügt es nicht, wenn nur wir mit einem möglichen Nachtragskredit einverstanden sind.

Kellenberger: Ich habe Ihren Wunsch registriert, dass das EDA insbesondere auch bei der humanitären Hilfe seine Arbeit in der Öffentlichkeit besser darstellen soll. Wir sind froh, wenn uns Ihre Kommission darin unterstützt. Davon unabhängig möchte ich hier für meine Kollegen eintreten.

(à M. Ziegler Jean) Nous avons poursuivi nos efforts en faveur de la création de ce tribunal de guerre, car l'aboutissement de ce projet était une de nos priorités. Nous étions impliqués dans la préparation des statuts et avons même présidé des réunions d'experts. Bien entendu, il faut l'accord du chef du département pour la présentation de la candidature suisse. Je peux vous indiquer que d'autres candidats envisageables ont refusé les propositions qui leur étaient présentées.

3003 Bern, den 17.9.1993

Vertraulich/Confidentiel

NATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission

TEILPROTOKOLL 2 der Sitzung vom 30. August 1993,
09.30 - 17.30 Uhr,
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3

TAGESORDNUNG 4. Europaratsgipfel in Wien: Orientierung über
den Stand der Vorbereitungen

ORDRE DU JOUR 4. Sommet du Conseil de l'Europe à Vienne:
Information sur l'état des travaux
préparatoires

TEILNEHMER Präsidium: Rychen

Anwesende Mitglieder: Frey Claude, Aubry, Bär,
Berger, Darbellay (ersetzt Columberg), Eggly,
Fischer-Häggingen, Frey Walter, Grendelmeier,
Haller, Maitre, Meyer Theo (ersetzt Bäumlin),
Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Rebeaud,
Ruffy, Segmüller, Steffen, Tschopp, Vollmer,
Wyss Paul, Zbinden Hans, Ziegler Jean

Entschuldigt: Bäumlin, Caccia, Columberg,
HH. Bundesräte Cotti, Delamuraz

Weitere Teilnehmer:

H. Kellenberger, Staatssekretär, EDA
Frau Apelbaum, EDA
H. Stücheli, EDA

Kommissionssekretariat: Alfred Aebi

Protokoll: Kuonen (f), Theobaldy (d)

Kellenberger: Im Vergleich zur unserer Berichterstattung am 5. Juli 1993 sind kaum neue Elemente aufgetaucht, denn während der Sommerpause waren die Vorbereitungssitzungen in Strassburg suspendiert. Dagegen kann man von klaren Fortschritten bei der geplanten politischen Erklärung für den Gipfel sprechen, und zwar unter aktiver Teilnahme der Schweiz.

Frau **Haller:** Hat sich die Frage nach dem zweiten Stuhl geklärt?

Kellenberger: Der Vorsteher des EDA wird am Gipfel teilnehmen.

M. Ruffy: Les Etats bénéficiant du statut d'invité spécial participeront-ils aux Sommet de Vienne?

Mme Apelbaum: Initialement, le Sommet devait être réservé aux pays membres du Conseil de l'Europe. Toutefois, il n'était pas question de laisser totalement en dehors les Etats dont la demande d'adhésion est actuellement à l'examen de l'Assemblée parlementaire. Par conséquent, les pays candidats à l'adhésion seront invités à une session spéciale à l'ouverture du Sommet. En outre, ils seront invités à toutes les manifestations annexes. Mais, ils ne participeront pas formellement aux débats. A l'issue du Sommet ces Etats seront encore associés à la conférence de presse.

3003 Bern, 17.9.1993

Vertraulich/ConfidentielNATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission

TEILPROTOKOLL 3 der Sitzung vom 30. August 1993,
 09.30 - 17.30 Uhr,
 in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3

TAGESORDNUNG 5. Anpassung der Verträge zwischen der Schweiz
 und dem Fürstentum Liechtenstein.
 Stand der Verhandlungen

ORDRE DU JOUR 5. Adaptation des traités entre la Suisse et
 la Principauté du Liechtenstein.
 Etat des négociations

TEILNEHMER

Präsidium: RychenAnwesende Mitglieder: Frey Claude, Aubry, Bär,
Berger, Darbellay (ersetzt Columberg), Eggly,
Fischer-Häggingen, Frey Walter, Grendelmeier,
Haller, Maitre, Meyer Theo (ersetzt Bäumlin),
Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Rebeaud,
Ruffy, Segmüller, Steffen, Tschopp, Vollmer,
Wyss Paul, Zbinden Hans, Ziegler JeanEntschuldigt: Bäumlin, Caccia, Columberg,
HH. Bundesräte Cotti, DelamurazWeitere Teilnehmer:H. Botschafter Krafft, EDA
H. Doswald, EDA
H. Minister Egger, Integrationsbüro EDA/EVD
H. Stücheli, EDAKommissionssekretariat: Alfred AebiProtokoll: Kuonen (f), Theobaldy (d)

Kraft: Die Ausgangslage: Eine Woche nach dem schweizerischen Nein zum EWR stimmte das Volk von Liechtenstein am 13. September 1992 dem Beitritt zu. Das Fürstentum hat bereits mehrfach bewiesen, dass es in der Lage ist, in multilateralen Prozessen und Organisationen zu bestehen: in der KSZE, im Europarat seit 1978, in der UNO seit 1990 und als selbständiges EFTA-Mitglied seit 1991. Dieser letzte Schritt ist dem Fürstentum durch eine Revision des Zollanschlussvertrags ermöglicht worden. Artikel 8bis des Vertrags hält fest, dass das Recht Liechtensteins, selbst Vertragsstaat internationaler Übereinkommen oder Mitgliedsstaat internationaler Organisationen zu werden, denen die Schweiz angehört, nicht eingeschränkt ist. Dieser Zusatz sollte die Schwierigkeiten ausräumen, die entstehen, wenn die Schweiz im Rahmen der EFTA mit der EG Regelungen trifft, die nur teilweise oder überhaupt nicht den Warenverkehr betreffen und deshalb im bilateralen Verhältnis Schweiz - Liechtenstein nicht unter den Zollanschlussvertrag fallen wie Umweltschutz, Dienstleistungen und Forschung. Der Zusatz war somit integrationspolitisch begründet, allerdings in der Annahme, dass auch die Schweiz dem EWR beitreten würde.

Eine alleinige Mitgliedschaft Liechtensteins im EWR bietet grosse Probleme, weil das Fürstentum faktisch und rechtlich fest in das schweizerische Wirtschaftsgebiet integriert ist. Aufgrund der wichtigsten rechtlichen Grundlage, dem Zollanschlussvertrag von 1923, ist es schweizerisches Zollgebiet, und dort gelten die gesamte schweizerische Zollgesetzgebung mit dritten Staaten, abgeschlossene Handels- und Zollverträge sowie ein guter Teil des schweizerischen Wirtschaftsrechts, insgesamt mehrere hundert Rechtsinstrumente. Liechtenstein kommt in bezug auf das anwendbare Schweizerrecht die gleiche Rechtsstellung zu wie einem Kanton.

Weitere wichtige bilaterale Verträge: der PTT-Vertrag von 1920 beziehungsweise 1978, der Patentschutzvertrag von 1978, der Währungsvertrag von 1980 sowie verschiedene fremdenpolizeiliche Vereinbarungen, die eine ganze Reihe von schweizerischen Erlassen und Verträgen mit Drittstaaten als für das Fürstentum anwendbar erklären. Für die Schweiz stand von Anfang fest, dass sie ihrem verlässlichen Partner auf seinem Weg in den EWR soweit wie möglich behilflich sein würde. Von Anfang an wurde aber ausgeschlossen, das Fürstentum als Hintertür zu den EWR-Vorteilen zu benutzen. Dies war schon allein zur Wahrung unserer politischen Glaubwürdigkeit in Europa geboten.

Zum jetzigen Stand: Die Probleme, die sich aus den unterschiedlichen EWR-Voten ergeben, wurden in der ersten Hälfte dieses Jahres von der Schweiz und Liechtenstein auf Expertenebene gemeinsam identifiziert. Es wurde rasch erkannt, dass der Bereich Warenverkehr die weitaus grössten Schwierigkeiten bereitet. Am 22. Juni 1993 fanden in Bern politische Gespräche zwischen den Bundesräten Stich, Delamuraz und Cotti und dem liechtensteinischen Landesfürsten Hans Adam II. sowie Regierungschef Markus Büchel und weiteren Regierungsmitgliedern statt. Beide Seiten hielten folgende gemeinsamen Ziele fest:

1. Aufrechterhaltung der engen Beziehungen,
2. Beibehaltung der offenen Grenze,
3. Ermöglichung des EWR-Beitritts von Liechtenstein.

Beide Seiten stimmten darin überein, dass eine EWR-Mitgliedschaft des Fürstentums einerseits und das bilaterale Vertragsverhältnis mit der Schweiz andererseits konzeptionelle Widersprüche beinhaltet, dass diese jedoch mittels pragmatischer und flexibler Lösungen überwunden werden können. Die Probleme vermindern sich dabei insofern, als die für das Fürstentum relevante schweizerische Gesetzgebung europakompatibel ist oder durch die Wiederaufnahme der Euro-

lex-Vorhaben und durch das Revitalisierungsprogramm entsprechend ausgestaltet wird. Ebenso können in den bilateralen Verhandlungen mit der EG Lösungen nach EWR-Muster getroffen werden, etwa für Ursprungsregeln oder verarbeitete Landwirtschaftsprodukte.

Das Anbieten pragmatischer Lösungen durch die Schweiz genügt aber nicht. Die EWR-Partner müssen das gleiche tun, was keineswegs gesichert ist. In welchem Ausmass die EG bereit ist, vom Homogenitätsprinzip abzuweichen und Ausnahmen von den EWR-Regeln zu akzeptieren, wird sich erst noch zeigen. Für Liechtenstein spricht dabei seine Kleinheit und damit seine beschränkte wirtschaftliche Bedeutung sowie das politische Argument, dass es als einziges Land dem EWR nach einer Volksabstimmung beigetreten ist.

Zum weiteren Vorgehen: Die schweizerischen und liechtensteinischen Vertreter konnten sich am 22. Juni 1993 im Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, in der Gleichbehandlung sowie in rechtlichen und institutionellen Fragen auf gewisse Lösungsansätze einigen. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe soll bis zum Frühherbst eine Plattform für Lösungen in sämtlichen Problembereichen erstellen. Die interessierten Kantone, insbesondere die Grenzkanzone Sankt Gallen und Graubünden, sind zur Mitwirkung eingeladen worden. Aufgrund des bisherigen Fortschritts der Arbeiten dürfte die Lösungsplattform Ende September 1993 vorliegen. Im Vordergrund steht der Warenverkehr. Angestrebt wird, dass Waren nach schweizerischem Produktstandard neben Waren nach dem EWR-Produktstandard in Liechtenstein frei zirkulieren können. Da bei dieser sogenannten parallelen Verkehrsfähigkeit im Fürstentum Waren erhältlich sein werden, die nicht oder nur mit Auflagen in die Schweiz verbracht werden dürfen, ist ein liechtensteinisches Kontroll- und Marktüberwachungssystem erforderlich, selbst wenn nur ein kleiner und auf bestimmte Kategorien beschränkter Anteil der Produktpalette betroffen ist.

Beim Personenverkehr können schweizerische Entfernungs- und Fernhaltemassnahmen, die bisher auch für das Fürstentum gegolten haben, Schwierigkeiten bereiten. Das Problem wird dadurch erleichtert, dass Liechtenstein im EWR eine Übergangsfrist eingeräumt wurde. Beim Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sind keine grösseren Schwierigkeiten zu erwarten. Der Währungsvertrag kann in der jetzigen Form bestehen bleiben. Ein gewisser Handlungsbedarf besteht allenfalls im Transport- und Telekommunikationsbereich.

Auf gewissen Gebieten steht eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen zur Diskussion, etwa beim öffentlichen Beschaffungswesen und beim freien Personenverkehr im Fürstentum, wo die Schweiz unter Einräumung der Reziprozität eine Gleichbehandlung mit den EWR-Partnern anvisiert, oder bei der Sorgfaltspflicht der Banken, wo wir die liechtensteinischen Regeln an die schweizerische Sorgfaltspflicht angleichen möchten. Beim öffentlichen Beschaffungswesen sind auch die umliegenden Kantone an einer Regelung interessiert und wurden in die Gespräche einbezogen.

Die Lösungsplattform sollte Liechtenstein erlauben, seine Unterredungen mit den EWR-Partnern zu intensivieren. Liechtenstein ist daran, in Brüssel eine Mission zu eröffnen. Die Schweiz hat sich anboten, den Liechtensteinern bei ihren Gesprächen zur Seite zu stehen, falls diese es wünschen.

Erst wenn die EWR-Partner Liechtensteins mit dem Lösungskonzept einverstanden sind, werden die Schweiz und das Fürstentum formelle Verhandlungen aufnehmen und die gegenseitigen Vertragsbeziehungen der neuen Situation anpassen. Der Zollanschlussvertrag wird sicher revidiert werden müssen. Auch an anderen Abkommen sind Änderungen vorzunehmen, namentlich am PTT-Vertrag sowie an den Vereinbarungen über die Handhabung der Fremdenpolizei für Drittausländer im Für-

stentum Liechtenstein und über die fremdenpolizeiliche Zusammenarbeit. Die Anpassungen der bilateralen Verträge werden von den Parlamenten beider Staaten zu genehmigen sein, in Liechtenstein voraussichtlich auch vom Volk.

Alle diese Bereinigungen werden einige Zeit beanspruchen. Das Fürstentum wird kaum von Anfang an im EWR mitmachen können. Zum Beitritt braucht es laut dem Anpassungsprotokoll zum EWR-Abkommen, das nach dem Ausscheiden der Schweiz erstellt wurde, die Zustimmung des EWR-Rats. Dieser muss feststellen, dass die Beteiligung des Fürstentums das EWR-Abkommen nicht beeinträchtigt. Artikel 121 des EWR-Abkommens, betreffend die regionale Union zwischen der Schweiz und Liechtenstein, wurde vom Anpassungsprotokoll nicht geändert. Der EWR-Beitritt von Liechtenstein dürfte somit nicht vor Mitte 1994 aktuell werden. Dann wird sich die europäische Integration weiterentwickelt haben, was uns aufträgt, nach flexiblen Lösungen zu suchen, die sich leicht den sich ändernden Rahmenbedingungen anpassen lassen.

Frau Segmüller: Heute wurde gemeldet, dass die Fraktion der Fortschrittlichen Partei dem Regierungschef Markus Büchel das Vertrauen entzogen und ihn zum Rücktritt aufgefordert habe. Immerhin stellt diese Fraktion im Landtag die Mehrheit. Worum geht es hier?

Oehler: Die Lösungen auf dem Papier können in der Praxis kaum im Massstab 1:1 umgesetzt werden. Einige der Betriebe, die in den vergangenen Jahren links und rechts des Rheins gewachsen sind, sind völlig aufeinander angewiesen. Lässt sich dies ohne wirtschaftlichen Schaden für die Beteiligten lösen? Ich denke hier weniger an die Grenzgänger als an die Sozialversicherungsabkommen, die links und rechts der Grenze einen grossen Einfluss haben. Nachdem sich die Gastarbeiter in Liechtenstein unseren Sozialversicherungen angeschlossen haben, besteht hier ein gewaltiges Potential an Konfliktstoff einerseits und an Ausweichmöglichkeiten andererseits. Bei den Handwerksbetrieben dürfte es ähnlich schwierig werden, wenn auf der einen Seite eines Dorfes die Landesgrenze zur Schweiz ohne EWR und auf der anderen Seite die Grenze zu Österreich mit EWR liegt. Da ist zum Beispiel die Firma Hilty, die ihren internationalen Sitz in Buchs hat, während die Werkstätigen und die Finanzzentrale in Liechtenstein sind. Oder der Kies für unsere Bauunternehmungen kommt grösstenteils aus dem Liechtensteinischen, weil dort andere Abbauvorschriften bestehen. Bald wird er aus dem EWR-Gebiet kommen mit allen Folgen für uns und für die, welche ins Ausland liefern wollen.

Wyss Paul: Was passiert, wenn die Volksabstimmung über die anzupassenden bilateralen Verträge mit der Schweiz negativ ausgeht?

M. Tschopp: Un jour la Principauté du Liechtenstein devra choisir définitivement entre l'union monétaire et économique avec la Suisse et l'adhésion à l'EEE. C'est donc le second vote qui sera décisif. Lorsque toutes les données seront posées sur la table, les Liechtensteinois vont être forcés de revoir leur prise de position du mois de décembre 1992.

En définitive, cette situation extrêmement curieuse ne porte-t-elle pas préjudice à la Suisse qui dispose d'une très étroite marge de manoeuvre en vue de l'intégration européenne? La Communauté ne risque-t-elle pas de jouer sur cet élément pour ralentir encore davantage la négociation des dossiers bilatéraux avec la Suisse?

M. Krafft: (à Mme Segmüller) Nous avons effectivement appris ce matin que le Parti de M. Büchel a décidé de nous retirer sa confiance. Cependant, nous n'avons pas encore eu le temps d'effectuer l'analyse de la situation politique au Liechtenstein. Cette nouvelle situation ne facilitera certainement pas la discussion et la poursuite des négociations. Toutefois, c'est une affaire interne à la principauté et la Suisse ne peut que prendre acte du nouveau contexte.

(à M. Wyss Paul) Le protocole adaptant le Traité sur l'EEE à la nouvelle situation résultant du vote négatif du 6 décembre 92 confirme la possibilité pour le Liechtenstein d'adhérer au Traité sur l'EEE, pour autant que le Conseil de l'EEE ait la conviction que cette adhésion n'aura pas de conséquences négatives sur le fonctionnement de l'accord. La décision finale appartient donc au Conseil de l'EEE. Bien entendu, le résultat du vote concernant les futures relations conventionnelles entre la Suisse et le Liechtenstein sera aussi déterminant. Il faudra en effet modifier plusieurs traités comme celui de l'union douanière qui devront être présentés au parlement de la principauté et, finalement, au peuple. Si ce dernier se prononce négativement, la question est réglée. Il n'y aura pas d'adhésion du Liechtenstein à l'EEE.

(à M. Tschopp) Je ne crois pas que cette situation peut être utilisée par la communauté pour retarder les négociations bilatérales. Dans l'AEEE la Communauté a admis de réserver l'union régionale entre la Suisse et le Liechtenstein. Ce fait a été confirmé dans le protocole adaptant l'AEEE à la nouvelle situation découlant du refus du peuple suisse du 6 décembre.

Doswald: Wir wollen eine Überlagerung zweier Wirtschaftsräume, insbesondere beim Warenverkehr. In Liechtenstein werden demnach Waren von zwei Systemen erhältlich sein, vorausgesetzt, dass EG und die anderen EWR-Partner einverstanden sind. Dies wird sich für Liechtenstein sehr vorteilhaft auswirken. Für die Schweiz wird es eine Aufrechterhaltung des Status quo bedeuten.

Beim Sozialversicherungsabkommen besteht kein Anpassungsbedarf. Aber das Fürstentum hat grundsätzlich angeboten, dass die Schweizer nicht schlechter gestellt sein sollen als die EWR-Bürger. Wir haben verschiedene Bereiche identifiziert, das öffentliche Beschaffungswesen und den freien Personenverkehr mit Zugang zu gewissen Berufen. Zu den einbezogenen Grenzkantonen sind noch Glarus, Appenzell-Ausserrhoden hinzugestossen, wohingegen sich Zürich, Thurgau und Appenzell-Innerrhoden bis anhin weniger interessiert zeigten. Diese Kantone sind jedoch nur bis zu einem gewissen Grad zur Öffnung bereit, da sie ihren Heimatschutz aufrechterhalten wollen. Das gilt auch für die Gemeinden im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens. Liechtenstein hingegen wäre zu einer völligen Liberalisierung bereit. Es stellt sich nun das Problem, wie weit es seinerseits öffnen will.

Im Bereich des freien Personenverkehrs will Liechtenstein nach Ablauf der Übergangsfrist von fünf Jahren öffnen. Heute haben wir eine Vereinbarung für die beiderseitige Rechtsstellung, die auch asymmetrisch ist, weil sie 1981 von Liechtenstein zuungunsten der Schweiz suspendiert wurde.

Der Zugang zu den verschiedenen Berufen ist ebenfalls ein Problem der Übergangsfrist. Nach Ablauf der fünf Jahre will Liechtenstein den Schweizern ebenso wie den anderen EWR-Bürgern entgegenkommen. Im grossen und ganzen streben wir an, den Status quo aufrechtzuerhalten. Für die Schweiz sollten sich dabei keine neuen Probleme ergeben. Hingegen wird in Liechtenstein eine weitere Öffnung stattfinden, um den Anforderungen des EWR gerecht zu werden.

Oehler: Wie sieht es mit Kontrollen aus? Wir lassen die Vorarlberger frei zu, in Österreich aber entscheidet der Landeshauptmann beinahe willkürlich, wer von uns dort arbeiten kann. Der Ausweg über Liechtenstein ist einfach. Wie glaubt man, dies mit EWR-Vorschriften in Übereinstimmung zu bringen?

Doswald: Sofern Reziprozität gewährt wird, wollen die Kantone im Rahmen ihrer Delegiertenkompetenz seitens der Bundesgesetzgebung, was die Handwerkerregelungen anbelangt, weiterhin wohlwollend handeln.

Die Grenzgängerlösung sieht so aus, dass man beiderseitig keine fremdenpolizeiliche Bewilligung braucht. Im Verhältnis zu Österreich ist durch die neue Regelung eine zusätzliche Schwierigkeit entstanden, indem die Schweizer im Vergleich zu EWR-Bürgern diskriminiert werden. Hier sind Gespräche im Gang.

Im Verhältnis Schweiz - Liechtenstein soll der Status quo aufrechterhalten werden. Es ist an Liechtenstein, dies in Gesprächen mit seinen EWR-Partnern, insofern es eine Ausnahme benötigt, zu erreichen.

Die Kontrollen sind schon heute ein Problem, das sich nur über Inlandkontrollen lösen lässt.

3003 Bern, den 7.9.1993

Vertraulich/ConfidentielNATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission

TEILPROTOKOLL 4 der Sitzung vom 30. August 1993,
09.30 - 17.30 Uhr,
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3

TAGESORDNUNG 6. 93.048 sn Internationale
Wirtschaftsvereinbarungen

ORDRE DU JOUR 6. 93.048 én Accords économiques
internationaux

TEILNEHMER Präsidium: Rychen

Anwesende Mitglieder: Frey Claude, Aubry, Bär,
Berger, Darbellay (ersetzt Columberg), Eggly,
Fischer-Hägglingen, Frey Walter, Grendelmeier,
Haller, Maitre, Meyer Theo (ersetzt Bäumlín),
Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Rebeaud,
Ruffy, Segmüller, Steffen, Tschopp, Vollmer,
Wyss Paul, Zbinden Hans, Ziegler Jean

Enschuldigt: Bäumlín, Caccia, Columberg

Weitere Teilnehmer:

H. Botschafter Arioli, BAWI, EVD
H. Botschafter Imboden, BAWI, EVD
H. Minister Wasescha, BAWI, EVD
H. Herold, BAWI, EVD
H. Stücheli, EDA

Kommissionssekretariat: Alfred Aebi

Protokoll: Kuonen (f), Theobaldy (d)

Arioli: Ich beschränke mich auf die Freihandelsabkommen mit Rumänien und den baltischen Staaten. Sie sind Bestandteile des Freihandelsnetzes, das die EFTA-Länder gleichzeitig mit der EG zu errichten versuchten. Deshalb entsprechen sie inhaltlich den Abkommen mit der Tschechoslowakei und Polen, die Sie bereits genehmigt haben. Diese Vertragsverhältnisse wurden mit der Trennung der Tschechoslowakei in die Tschechische Republik und in die Slowakei reibungslos auf die beiden neuen Länder übergeführt. In einem zweiten Schritt wurden von der EG und den EFTA-Ländern gleiche Abkommen mit Rumänien und Bulgarien ausgehandelt, bei der EG in Form von Assoziationsabkommen, bei den EFTA-Ländern in Form von Freihandelsabkommen, deckungsgleich mit den bilateralen Agrarvereinbarungen. Bei Rumänien fielen die Konzessionen sogar etwas bescheidener als im Falle Polens aus.

Die Inkraftsetzung der Abkommen hat sich aufgrund interner Verhältnisse in diesen Ländern nicht gleichzeitig vollziehen lassen. Die Assoziationsabkommen der EG sind, was den Freihandelsteil angeht, mit allen Ländern in Kraft, während die EFTA-Länder lediglich mit der Tschechischen Republik, der Slowakei, Rumänien und Bulgarien die Abkommen wenigstens vorläufig anwenden. In Ungarn soll das Abkommen ab 1. Oktober 1993 anwendbar sein, in Polen hat sich die Inkraftsetzung wegen der Auflösung des Parlamentes noch einmal verzögert.

Mit den baltischen Staaten besteht eine Sondersituation. Nach ihrer Unabhängigkeit hat Finnland sehr rasch ohne Konsultation der übrigen EFTA-Länder Kontakt mit ihnen aufgenommen, um die bestehende Freihandelsregelung weiterzuführen, die diese Staaten in den siebziger Jahren mit der Sowjetunion abgeschlossen hatten. Die Balten erklärten sich dazu bereit. Schweden und Norwegen haben nachgezogen und ebenfalls eigene Freihandelsabkommen mit ihnen ausgehandelt. Danach mussten auch wir tätig werden, um diese Länder in den größeren europäischen Freihandelsraum zu überführen. Bei unseren Abkommen mit ihnen haben wir uns an das Modell gehalten, das wir mit der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn ausgehandelt haben. Falls innerhalb der EFTA noch eine Vereinheitlichung dieser Abkommen stattfindet, wird sicher dieses Modell zugrunde gelegt und nicht das hinsichtlich der Begleitregeln, Wettbewerbsregeln, Schutzmassnahmen usw. wesentlich einfachere Modell, das zunächst mit Finnland vereinbart worden war. In der Substanz, der Liberalisierung des Handels, sind übrigens alle vier Abkommen der EFTA-Länder weitgehend identisch.

In der Folge hat die EG ihre Position gegenüber den baltischen Republiken überprüft und im Juni 1993 am Europäischen Rat in Kopenhagen die Kommission beauftragt, zur Aushandlung von Freihandelsabkommen und - in einem späteren Schritt - von Assoziationsabkommen entsprechende Vorschläge vorzulegen.

Imboden: Das Zucker-Übereinkommen von 1992 steht in der Nachfolge des Zuckera-Übereinkommens von 1987, das zeitlich befristet war und deshalb neu ausgehandelt werden musste. Der Inhalt ist praktisch der gleiche. Das Übereinkommen enthält keine wirtschaftlichen Klauseln. Es versucht nicht, den Preis des Zuckers zu beeinflussen, sondern zielt auf Information, auf Transparenz des Marktes und der Förderung der Exporte der Entwicklungsländer. Die Schweiz ist seit 1990 Mitglied des Zucker-Übereinkommens von 1987 und hat jetzt auch das neue Übereinkommen signiert und will es ratifizieren. Sein Einfluss auf die Schweiz ist relativ gering. Es gibt keine internationalen Abkommen, die hierdurch unsere Gesetzgebung beeinflussen würden. Die Kosten sind ebenfalls minim: rund 20000 bis 25000 Franken.

M. Wasescha: Il s'agit de la cinquième prorogation de la base juridique de l'Accord multifibres qui s'est avérée nécessaire en raison du non-aboutissement du cycle de l'Uruguay-Round. La prorogation est prévue jusqu'à fin 93 seulement, car il y a une

année il n'était pas possible de s'entendre sur une durée plus longue sans entrer dans des négociations de fond, ce que les pays industrialisés surtout ont voulu éviter.

Pourquoi la Suisse doit-elle participer à cet effort?

Essentiellement, pour deux raisons. Premièrement, l'Accord multifibres donne l'occasion de prendre des mesures restrictives que la Suisse n'a jamais appliquées. Il serait inopportun à ce stade de la négociation de renoncer à un moyen sans obtenir quoi que ce soit en échange. Deuxièmement, les négociations de l'Uruguay-Round impliquent plusieurs domaines intéressants le secteur des textiles: l'accès aux marchés, la protection des dessins et des modèles, les subventions à l'exportation, etc. Il serait donc inapproprié d'affaiblir notre position de négociateur dans la phase finale.

Que se passera-t-il si à fin 93 notre hypothèse relative à l'aboutissement des négociations de l'Uruguay-Round s'avérait inexacte? Le Comité des textiles envisagerait une nouvelle négociation concernant la prorogation de cet Accord multifibres dans l'attente des résultats du cycle de l'Uruguay-Round qui prévoit un démantèlement progressif de l'accord.

Le Conseil fédéral a décidé d'appliquer provisoirement cette nouvelle prorogation et vous suggère de l'accepter.

Vollmer: Alle Abkommen, die hier zur Diskussion stehen und an denen nichts Wesentliches zu beanstanden ist, sind aufgrund des Bundesgesetzes über aussenwirtschaftliche Massnahmen bereits in Kraft. Deshalb aber werden 1992 geschlossene Abkommen uns erst im Herbst 1993 vorgelegt, nachdem man den Kompetenzartikel im erwähnten Gesetz angewendet hat? Ursprünglich sollten mit diesem Artikel gewisse Lücken geschlossen und die Abkommen bereits wirksam gemacht werden, ohne dass das politische Prozedere abgewartet werden müsste. Inzwischen haben wir jedoch bereits den Aussenwirtschaftsbericht zum Jahre 1992 diskutiert. Dort werden gewöhnlich solche Abkommen angefügt und mit dem Bericht genehmigt. Hat hier eine neue Praxis Platz gegriffen?

Arioli: Die Abkommen mit den baltischen Staaten konnten wir erst im Dezember 1992 unterzeichnen. Zu diesem Zeitpunkt war unser Aussenwirtschaftsbericht schon abgeschlossen, denn die redaktionelle Arbeit muss Ende November fertig sein, damit der Bericht im Dezember dem Bundesrat und Anfangs Januar Ihnen für die Kommissionsberatungen vorliegen kann. Der jetzige Vorlagetermin war für uns der nächstmögliche.

Das gleiche geschieht jetzt bei den Abkommen mit Bulgarien und Ungarn, die wir Ihnen gern mit dieser Botschaft vorgelegt hätten. Aber aufgrund der ausgehandelten Unterzeichnungsdaten hat das nicht mehr gereicht. Sie werden mit dem nächsten Aussenwirtschaftsbericht kommen.

M. Berger: Vous nous indiquez que les résultats des négociations de l'Uruguay-Round seront pris en considération. Qu'en est-il des arrangements particuliers entre la Suisse et la Roumanie qui suppriment pratiquement la tarification pour de nombreux produits agricoles? Vont-ils subsister ou sont-ils transitoires?

M. Arioli: Nous avons donné à la Roumanie l'assurance du maintien de notre préférence à son égard, même si les négociations relatives à l'Uruguay-Round n'aboutissaient pas aux mêmes avantages que ceux découlant de l'accord bilatéral.

Frau Bär: Die Schweiz hat den Osteuropakredit dafür benützt, die Lieferungen in die baltischen Länder und auch nach Rumänien zu finanzieren. Das ist also gebundene Hilfe oder direkte Exportförderung aus diesem Kredit. Wir wollen diesen Ländern die Grundsätze der freien Marktwirtschaft beibringen und geben ihnen damit ein schlechtes Beispiel. Ich hatte mir die Verwendung des Osteuropakredites anders vorgestellt.

Arioli: Es ist richtig, dass wir die Finanzhilfe binden. Aber es ist genauso richtig, dass auch die technische Zusammenarbeit von der Schweiz aus gebunden ist. In beiden Fällen werden schweizerische Leistungen finanziert. Wir halten uns hier an die in der Osthilfe übliche Praxis anderer Staaten. Natürlich finanzieren wir nur schweizerische Lieferungen oder Beratungsleistungen, die den Bedürfnissen des Landes entsprechen. Wir sind mit den baltischen Ländern und Rumänien daran, solche Bedürfnisse zu identifizieren, zum Beispiel Luftmessgeräte für Rumänien oder eine Peilstation, die die Elektrizitätsverteilung rationalisieren soll, eine in Rumänien nicht vorhandene Technologie, die die Schweiz zu international wettbewerbsfähigen Preisen liefern kann. Von den Auswahlkriterien her kann man nicht sagen, dass wir Exportförderung betreiben. Aber tatsächlich wird jeweils eine schweizerische Leistung finanziert, die das Land selbst nicht erbringen und nicht günstiger aus anderen Quellen beziehen kann.

Bundesbeschlussentwurf

über die Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den baltischen Staaten (Seite 46 der Botschaft)

Titel und Ingress / Titre et préambule

Angenommen / Adopté

Artikel 1: Angenommen / Adopté

Artikel 2: Angenommen / Adopté

Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Abkommens

20 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Bundesbeschlussentwurf

über das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und Rumänien (Seite 96)

Titel und Ingress / Titre et préambule

Angenommen / Adopté

Artikel 1: Angenommen / Adopté

Artikel 2: Angenommen / Adopté

Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Abkommens

20 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Bundesbeschlussentwurf

über das Internationale Zucker-Übereinkommen von 1992 (Seite 130)

Titel und Ingress / Titre et préambule

Angenommen / Adopté

Artikel 1: Angenommen / Adopté

Artikel 2: Angenommen / Adopté

Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Übereinkommens

20 Stimmen
(Einstimmigkeit)**Bundesbeschlusentwurf**

betreffend das Protokoll zur Verlängerung der Vereinbarung über den internationalen Handel mit Textilien (Seite 154)

Titel und Ingress / Titre et préambule

Angenommen / Adopté

Artikel 1: Angenommen / Adopté

Artikel 2: Angenommen / Adopté

Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble

Für Annahme der Verlängerung

20 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Kategorie 5

3003 Bern, den 7.9.1993

Vertraulich/ConfidentielNATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission

TEILPROTOKOLL 5 der Sitzung vom 30. August 1993,
09.30 - 17.30 Uhr,
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3TAGESORDNUNG 7. 93.030 n Doppelbesteuerungsabkommen mit
Luxemburg
8. 93.046 n Doppelbesteuerungsabkommen mit
MarokkoORDRE DU JOUR 7. 93.030 n Double imposition. Convention avec
le Luxembourg
8. 93.046 n Double imposition. Convention avec
le MarocTEILNEHMER Präsidium: Frey ClaudeAnwesende Mitglieder: Aubry, Bär, Berger,
Darbellay (ersetzt Columberg), Eggly, Fischer-
Häggingen, Frey Walter, Grendelmeier, Haller,
Maitre, Meyer Theo (ersetzt Bäumlin), Moser,
Mühlemann, Nabholz, Oehler, Rebeaud, Ruffy,
Segmüller, Steffen, Tschopp, Vollmer, Wyss
Paul, Zbinden Hans, Ziegler JeanEntschuldigt: Bäumlin, Caccia, Columberg,
Rychen,Weitere Teilnehmer:H. Lüthi, EStV, EFD
H. Bastian, EStV, EFD
H. Stücheli, EDAKommissionssekretariat: Alfred AebiProtokoll: Kuonen (f), Theobaldy (d)

7. 93.030 n Doppelbesteuerungsabkommen mit Luxemburg
Double imposition. Convention avec le Luxembourg

M. Lüthi: Die verschiedenen Aspekte steuerlicher und wirtschaftlicher Art wurden in der Vernehmlassung im Hinblick auf einen Abschluss grundsätzlich positiv bewertet. Dem haben wir hier nichts beizufügen. Das gilt auch materiell für die Botschaft.

Oehler: Wird mit diesem Abkommen nicht die Vorrangstellung von Luxemburg im Konkurrenzkampf mit der Schweiz namentlich wegen der nationalen Gesetzgebung dort zu unserem Nachteil gefördert?

Lüthi: Wie alle anderen Staaten, die mit Luxemburg ein solches Abkommen geschlossen haben, waren wir darauf bedacht, dass die steuerlich begünstigten luxemburgischen Gesellschaften die Abkommensvorteile nicht in Anspruch nehmen können. Diesen Ausschluss haben auch die wichtigsten Staaten der Welt vorgenommen. Dennoch ist Luxemburg ein Finanzplatz, der mit dem Abschluss des Doppelbesteuerungsabkommens wohl noch etwas attraktiver wird. Aber wir haben auch mit Japan, England und Holland abgeschlossen, ebenfalls Finanzplätze von Bedeutung und kein Grund, deshalb auf ein Abkommen zu verzichten. Die Schweiz muss aus anderen Gründen attraktiv bleiben.

Titel und Ingress / Titre et préambule

Angenommen / Adopté

Artikel 2: Angenommen / Adopté

Artikel 3: Angenommen / Adopté

Gesamtabstimmung / Vote sur l'ensemble

Für die Annahme des Beschlussesentwurfes

Einstimmigkeit
(2 Enthaltungen)

8. 93.046 n Doppelbesteuerungsabkommen mit Marokko
Double imposition. Convention avec le Maroc

Lüthi: Wir haben seit mehreren Jahren mit Marokko verhandelt. Es hat nun seine Abkommenspolitik geändert und eine Annäherung an Kontinentaleuropa gesucht. Dadurch konnten wir ein Abkommen abschliessen, das im Rahmen unserer Abkommenspolitik liegt.

Vollmer: Wir machen hier wieder eine typisch partielle und sektorielle Politik. Wie in der Begründung zu lesen, ist Marokko von zunehmender wirtschaftlicher Bedeutung, und zwar als Niedriglohnland und als günstiges Investitionsland. Man will die Aussenwirtschaftsbeziehungen auch mit diesem Abkommen stärken. Die verschiedenen Berichte von *amnesty international* über die Situation der Menschenrechte dort melden eine zunehmende Verschlechterung. Der Preis für den Modernisierungsschub, der mit der aussenwirtschaftlichen Öffnung vorangeht, ist offenbar eine zunehmende innenpolitische Repression. Wir plädieren immer für eine Politik, die alle Sektoren miteinbezieht. In der Botschaft lese ich kein Wort zu dieser Problematik. Ich erwarte, dass man diesen Faktoren künftig Rechnung trägt und entsprechende Informationen liefert.

M. Eggly: Je comprends parfaitement le souci de M. Vollmer, mais j'ai le sentiment que tout ce qui pousse le Maroc à se moderniser entraîne un relâchement indirect de son système féodal. L'exemple de ces Marocains qui étaient emprisonnés depuis de nombreuses années et qui ont finalement été relâchés à la suite des pressions occidentales est probant. C'est en intégrant le Maroc le plus possible au circuit qu'on le conduira à évoluer. Certes, on peut discuter de l'introduction dans notre rapport des préoccupations manifestées par M. Vollmer, mais elles ne peuvent en tous cas pas être un motif de refus.

Lüthi: Die Menschenrechtssituation ist ein Aspekt unter vielen. In der Vernehmlassung hat sich niemand dazu geäußert. Wir haben schliesslich während des Kalten Krieges auch Abkommen mit der Sowjetunion abgeschlossen, ebenso später mit der Volksrepublik China. Hier hätte man ähnliche Erwägungen in Betracht ziehen können. Wir schliessen uns aber den Ergebnissen der Vernehmlassung an, wonach dieses Abkommen grundsätzlich positiv zu würdigen ist.

Frau Haller: In der Menschenrechtsfrage ist man an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt: Die Menschenrechte könnten weltweit neu definiert werden. Danach würde man ihr absolutes Niveau den jeweiligen kulturellen Prägungen unterstellen und den Wert eines Menschenlebens in verschiedenen Ländern sehr verschieden beurteilen. Ich will hier einräumen, dass Europa beim Schutz der Menschenrechte zwar theoretisch am weitesten, aufgrund seiner kolonialen Vergangenheit aber nicht unbedingt berechtigt ist, der übrigen Welt seinen Standard aufzuzwingen. In dieser heiklen Situation wäre ich vorsichtig mit dem Ausspruch, die Menschenrechtssituation sei ein Aspekt unter vielen. Die Schweiz sollte gerade als eines der wenigen Länder überhaupt der Frage der Menschenrechte weiterhin eine herausragende Bedeutung beimessen.

Oehler: Der Bundesrat hat nach den Ereignissen vor zwei Jahren schweizerischen Staatsbetrieben verboten, mit Unternehmungen in China Verträge abzuschliessen oder unterschriebene Verträge zu vollziehen. Daher kann man als Antwort auf Herrn Vollmers Darlegungen nicht damit kommen, man habe schliesslich auch Abkommen mit der Volksrepublik China abgeschlossen, wenn selbst gültige Verträge nicht mehr exekutiert werden dürfen.

Titel und Ingress / Titre et préambule

Angenommen / Adopté

Artikel 1: Angenommen / Adopté

Artikel 2: Angenommen / Adopté

Gesamtabstimmung / Vote sur l'ensemble
Für die Annahme des Beschlusssentwurfes

Einstimmigkeit
(2 Enthaltungen)

Mühlemann: Noch eine Frage: Wie weit stehen wir in den Verhandlungen über das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Tschechoslowakei?

Lüthi: Wir haben sonst mit allen Oststaaten ausser Albanien und natürlich Jugoslawien Verträge abgeschlossen. Das Problem ist hier die Besteuerung der Lizenzgebühren. Mit allen anderen Staaten haben wir ein ausschliessliches Besteuerungsrecht des Wohnsitzstaates vorgesehen. Die Tschechei hat diese Lösung bisher nicht annehmen wollen. Wir können hier kein Präjudiz dahingehend schaffen, was die Tschechei will. Dagegen wären wir bereit, ihr etwas entgegenzukommen, vor allem auch wegen den GUS-Staaten, mit denen wir in Verhandlung treten. Freilich muss sie dabei auch einen Schritt machen. Wir hoffen, im Herbst mit den Tschechen zusammenzukommen. Wenn sie sich etwas Mühe geben, sollten wir diesen letzten Punkt bereinigen können.

Kategorie 5 für beide Abkommen.

3003 Bern, 17.9.1993

Vertraulich/ConfidentielNATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission

TEILPROTOKOLL 6 der Sitzung vom 30. August 1993,
 09.30 - 17.30 Uhr,
 in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3

TAGESORDNUNG 9. Vorbereitung der Sitzung
 vom 11. und 12. Oktober 1993
10. Verschiedenes

ORDRE DU JOUR 9. Préparation de la séance
 des 11/12 octobre 1993
10. Divers

TEILNEHMER

Präsidium: RychenAnwesende Mitglieder: Frey Claude, Aubry, Bär, Berger, Darbellay (ersetzt Columberg), Eggly, Fischer-Hägglingen, Frey Walter, Grendelmeier, Haller, Maitre, Meyer Theo (ersetzt Bäumlin), Moser, Mühlemann, Nabholz, Oehler, Rebeaud, Ruffy, Segmüller, Steffen, Tschopp, Vollmer, Wyss Paul, Zbinden Hans, Ziegler JeanEntschuldigt: Bäumlin, Caccia, Columberg, HH. Bundesräte Cotti, DelamurazWeitere Teilnehmer:
H. Stücheli, EDAKommissionssekretariat: Alfred AebiProtokoll: Kuonen (f), Theobaldy (d)

9. Vorbereitung der Sitzung vom 11. und 12. Oktober 1993 Préparation de la séance des 11/12 octobre 1993

Präsident:

Aebi: Die Sitzung findet in Genf statt und beginnt am Montag, dem 11. Oktober 1993, 11.30 Uhr, am Hauptsitz des IKRK und wird bis etwa 17.30 Uhr dauern. Am Abend gibt der Staatsrat vom Kanton Bern ein Abendessen zu Ehren der Kommission. Am nächsten Tag besuchen wir CERN und werden anschliessend die Vorberatung und Detailberatung der Botschaften IKRK und FIPOI von zirka 10.00 Uhr bis spätestens 13.30 Uhr vornehmen.

10. Verschiedenes Divers

Präsident: Einige Informationen zu laufenden, die Kommission betreffenden Geschäften:

- Zur Umsetzung von Artikel 47: Sie haben damals, wie auch die ständerätliche Kommission, dem Bericht der Arbeitsgruppe zugestimmt. Am 9. Juni 1993 ging dieser Bericht an den Bundesrat, wo er zwar einmal beraten, aber noch nicht offiziell genehmigt wurde. Nun soll alles daran gesetzt werden, ihn möglichst rasch zu verabschieden. Die Arbeitsgruppe hat Ihnen vorgeschlagen, dass Sie dann der Öffentlichkeit mitteilen, was der genehmigte Bericht enthält.
- Als Präsident der APK habe ich eine offizielle Einladung erhalten, am Volkskongress der Volksrepublik China zwischen dem 12. und 23. Oktober 1993 teilzunehmen. Nachdem ich eine solche Einladung bereits zweimal abgelehnt habe, habe ich sie dieses Mal angenommen und werde Sie selbstverständlich über die Reise informieren.
- Die EG-Botschafter in der Schweiz wünschen ein Treffen mit mir am 24. September 1993. Ich werde Sie auch darüber informieren.
- Die Finanzkommission des Nationalrats, Subkommission 2 unter der Leitung von Präsident Gianfranco Cotti, hat mich eingeladen, an einer zweitägigen Tagung mit etlichen Vertretern der Bundesverwaltung teilzunehmen. Es geht hierbei um die Beziehungen der Schweiz zum Fürstentum Liechtenstein, speziell um die finanziellen Aspekte und die Zollbeziehungen und hier vor allem um die Problematik der technischen Umsetzung im Zollbereich zwischen EWR, Liechtenstein, Schweiz. Ich werde wenigstens am zweiten Tag teilnehmen.
- Der Bericht von Herrn Mühlemann über seine Reise nach Bosnien kann Ihnen auf Verlangen zugestellt werden.
- Frau Aubreys Bericht über die Wahlbeobachtung in Kolumbien haben Sie alle erhalten.
- Zur Reise in die Ukraine und nach Russland: Heute morgen hat der Vizeausserminister der Ukraine mich um ein Treffen in Bern gebeten. Ich werde die Mitglieder der Delegation informieren, wann und wo dieses Gespräch stattfinden wird und werde sie dazu einladen.
- Die Botschaftsvertretung der Tschechischen Republik hat den ausdrücklichen Wunsch des tschechischen Parlaments und seiner aussenpolitischen Kommission geäußert, dass diese mit uns Kontakte pflegen möchte. Aufgrund unserer Reiseregulungen ist das nicht so einfach. Dennoch soll es darüber Gespräche geben, zunächst mit unserem Büro. Man sollte mit Tschechien unbedingt solche Kontakte unterhalten. Das Land ist für uns in jeder Beziehung interessant. Der aussenpolitische Präsident des dortigen Parlaments ist sogar bereit, nach Bern zu kommen, um solche Abklärungen zu treffen. Es gibt auch ein Mandat der Parlamentsführung, diese Gespräche voranzutreiben.

Davon ausgehend, dass auch Sie solche Gespräche eher fördern denn abbremsen wollen, werde ich Sie darüber informieren.

- Heute abend findet ein Essen statt, das Bundesrat Cotti für die Delegationschefs an der Konferenz über die Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien gibt. Im Zuge des Artikels 47 ist meine Teilnahme sehr erwünscht. Falls nötig, wird Herr Claude Frey dann die Sitzung hier leiten.

M. Ziegler Jean: Notre commission a-t-elle été contactée par le CICR pour la Conférence sur les victimes de guerre à Genève?

Präsident: Nein, es wurden keine Kontakte bezüglich dieses Themas und dieser Konferenz mit unserer Kommission geknüpft. Aber wir haben hier eingehend darüber gesprochen und dabei verlangt, die Schweiz müsse der Welt diese Konventionen in Erinnerung rufen. Zum Anliegen jedoch, dass wir dort auch unsere Ideen einbringen können, haben weder wir noch die andere Seite etwas unternommen.

Vizepräsident übernimmt das Präsidium, da der Präsident am besagten Essen für die Delegationschefs an der Konferenz über die Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien teilnimmt.

M. Ruffy: Nous avons abordé à plusieurs reprises le problème de la politique des ambassades. Certaines questions demeurent. Quelle est la politique qui sous-tend la modification du rôle de certaines ambassades par rapport à d'autres? Ceux qui se sont déplacés à l'étranger dernièrement ont pu relever les grandes différences de comportement des ambassadeurs. Certains profitent de notre arrivée pour nous informer et participer à nos travaux. D'autres nous ignorent pratiquement et ne collaborent pas du tout. Quelques ambassadeurs se plaignent du fait que l'on ne tient pas compte de leurs rapports à Berne et estiment que leur travail est peu utile. J'estime donc qu'il serait adéquat de porter à l'ordre du jour d'une de nos prochaines séances ce thème qui n'a pas fait l'objet d'une discussion depuis probablement plusieurs années.

Frau Segmüller: Über die Botschafterkonferenz vor wenigen Tagen sollten wir einen ausgedehnten Bericht vom Vorsteher des EDA hören. Wie steht es generell in den GUS-Staaten, von unseren Botschaften aus gesehen?

M. Eggly: Je partage l'avis exprimé par Mme Segmüller et M. Ruffy. De plus, même si nous n'avons pas à empiéter sur les compétences de la Commission de gestion et à nous occuper de l'organisation de l'administration, nous devrions nous intéresser aux problèmes de réorganisation en cours au département, car il est possible qu'ils soulèvent des difficultés sur le plan humain.

Mühlemann: Ich möchte Herrn Ruffy unterstützen und darum bitten, dass man besagtes Besprechungsgebiet rasch vorzieht. Es gibt viele ungelösten Fragen und Ungereimtheiten, so wenn zum Beispiel das wichtige Kasachstan der Botschaft in Moskau und nicht den zentralasiatischen Republiken zugeordnet ist.

Frau Haller: Eine ähnliche Frage stellt sich in den baltischen Staaten, wo Estland Finnland angehängt ist, was schon aus Distanzgründen eine qualitativ unterschiedliche Betreuung dieser drei Staaten ausmacht.

Die Reorganisation wirkt sich gerade im EDA mehr als in anderen Departementen auf den Inhalt der Arbeit aus, weil es eben Aussenstationen und die Heimverwaltung gibt.

Wir sollten beides rasch und hintereinander behandeln, zuerst die Botschafter- und dann die Reorganisationsfrage.

Oehler: Dazu gehören noch die finanziellen Planungsvorgaben.

Le vice-président: Nous avons pris note de la nécessité de traiter les questions relatives aux ambassades et à la réorganisation du département.

Pour la séance de Genève, l'ordre du jour est complet. Mais, comme une réunion de notre commission est prévue le 1er et le 2 novembre 93, nous y inscrirons ces deux thèmes.

La séance est levée à 17.30h.

Schluss der Sitzung: 17.30 Uhr